

INTERIM INTERIM

Regelmäßig unregelmäßig erscheinendes Polit-Info aus Berlin ★

0,00 €

umsonst und draußen



01.10.2010

N° 717

IHR SCHRIBT DIE INTERIM:

Ihr schreibt und sammelt die Texte, wir stellen das Heft zusammen.

Beiträge müssen bis spätestens Montag bei uns in Briefkasten sein.

per Post

Interim, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

per Einwurf:

Umschlag beschriftet mit „Interim“ in den Türschlitz des Postraums im Mehringhof 2. Hof, Aufgang III, 1. OG, neben Blauem Salon, werktags bis 17 Uhr erreichbar

Achtet auf Fingerabdrücke und Spuren, auf mehrfach verwendetes Brief- und Umschlagpapier bzw. Briefmarken. Es ist bekannt, dass hin und wieder Postsendungen zum Teil geöffnet wurden oder verschwinden.

IHR BEKOMMT DIE INTERIM:

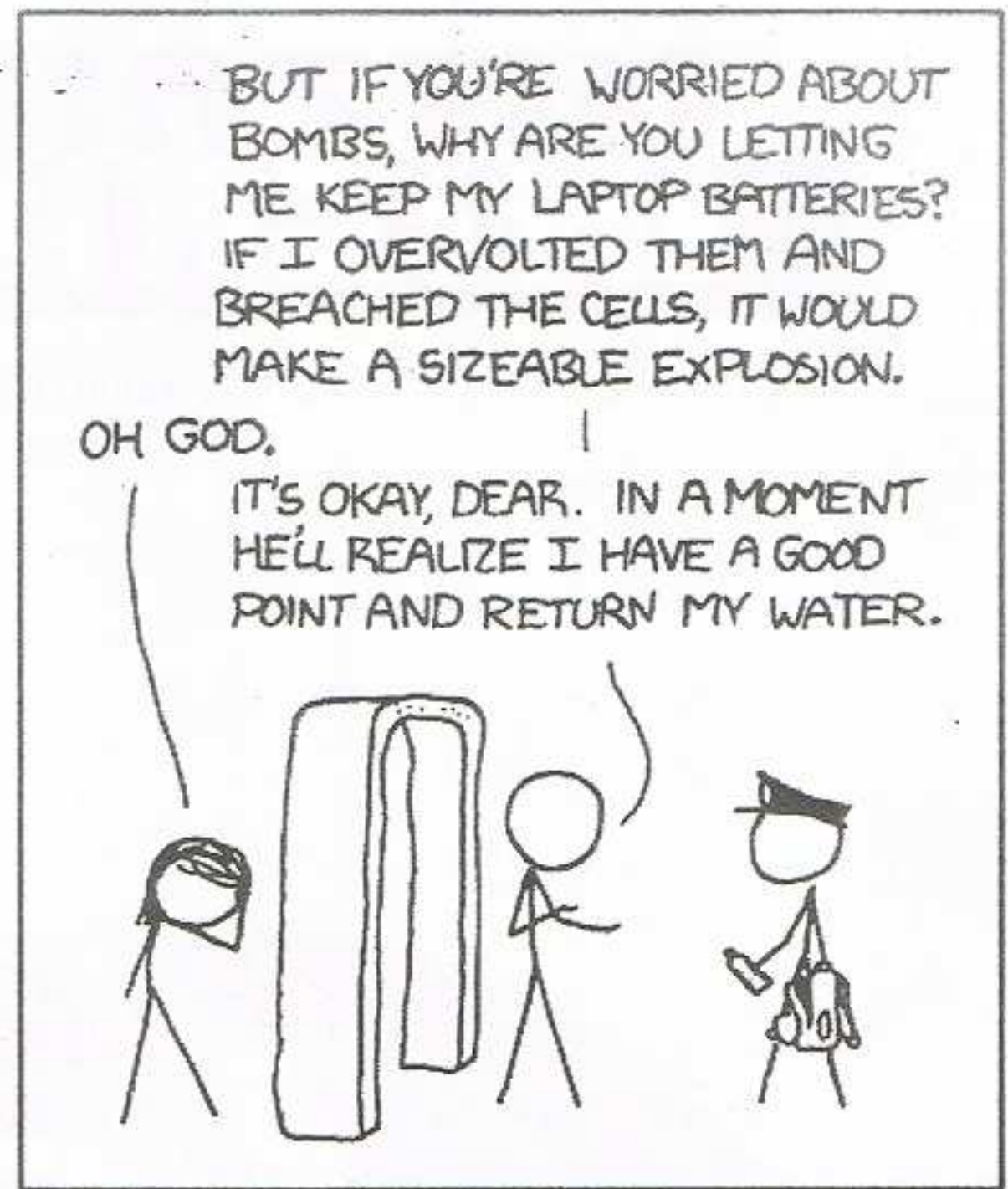
...in gut sortierten linken Buch- oder Infofäden, Kneipen, autonomen Zentren, überall dort, wo sie auch von Euch selbst ausgelegt wird. Wir wollen, dass die INTERIM nichts kosten soll und jed* sie überall an ganz vielen Orten einfach mitnehmen kann – dafür brauchen wir Euch! Zum Verteilen und zum Geld-Organisieren, denn Produktion, Verschickung und Verteilung sind nicht umsonst. Stellt Spendendosen auf, organisiert Soliparties und überlegt, welchen festen regelmäßigen Betrag Ihr uns zukommen lassen könnt

Meldet Euch per Post, wenn es die INTERIM

bei Euch nicht gibt und wir sie Euch schicken sollen, versucht dabei bitte, zentrale Verteil- und Abholstellen zu organisieren, damit wir Porto sparen können.

Schickt uns Krastadressen und kümmert Euch als Soli-Gruppen darum, dass die INTERIM dort auch ankommt.

Wir haben kein Bankkonto! Deshalb schickt uns Geld bitte in Briefumschlägen, (aber möglichst keine großen Beträge auf einmal), genauso kommt es auch bei uns an, wenn Ihr es im beschrifteten Umschlag in den Briefschlitz (Mehringhof Postraum) werft. DANKE!



Inhalt

dank an die mutigen aktivist_innen	4
RFID	5-11
Warnung vor 2 Personen (Weser-Ems)	12
Antimilitaristische Aktikon (Oldenburg)	13
55 cent für Reichsbahn-Deportierte	14-15
Laurynas	16
Oury Jalloh	17
Sexualisierte Gewalt (Lübeck)	18-22
Roter Oktober (Leipzig)	23



Impressum:

HerausgeberIn: Interim e.V.
VISdP: Charlotte Schulz
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

Eigentumsvorbehalt

Diese Druckschrift ist solange Eigentum der Absenderin, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt wurde. Zur Habennahme ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift nicht ausgehändigt, ist sie der Absenderin unter Angabe der Gründe zurückzusenden.

Liebe alle,

Die Staatsmaschine hat sich mal wieder selbst gefeiert mit allem ekligen Deutschland-Trara, die Aufregung um Sarrazin lässt den üblichen Alltagsrassismus harmlos erscheinen und für Hartz IV gibt's ne Erhöhung, die keine ist.

Doch kriminell ist ja bekanntlich nicht das System, sondern der Widerstand dagegen. Wie auch schon vor der Sommerpause erfreut sich unser kleines Magazin der unabhängigen Pressekunst großer Beliebtheit bei Vertreter_innen der abhängigen Staatsbehörden. Zumindest wurden mal wieder einige Exemplare der vorletzten Ausgabe an den - man muss ja schon sagen: - üblichen Stellen eingesammelt. Wir verweisen deshalb auf die Stellungnahme der betroffenen Läden aus der letzten Nummer und freuen uns über Statements und Aktionen Eurerseits, die darauf Bezug nehmen. Verteilt die Interim an möglichst vielen Stellen, schafft Unübersichtlichkeit und supportet die betroffenen Zeitungsdealer_innen! And be prepared!

Ansonsten gibt es wieder viel zu berichten aus allen Himmelsrichtungen: Rote-Flora-Soli aus Hamburg, etwas über RFID-Chips aus Frankreich, eine antimilitaristische Aktion in Oldenburg und ein bißchen was aus Berlin gibt es auch.

Hinweisen möchten wir auf den Aufruf vom Antifa-Cafe aus Oldenburg, die Infos zur Vergangenheit zweier Personen suchen. Wir können die Situation natürlich nicht beurteilen, finden das Bemühen aber richtig, vor dem Hintergrund zu schützender Strukturen suspekte Personen abzuchecken. Naivität und falsche Vorsicht sind hier fehl am Platz, denken wir.

Unerfreulicherweise hat es mal wieder sexualisierte Übergriffe in linken Räumen gegeben, wir dokumentieren dazu ein Statement zum Sachverhalt in der „Walli“ in Lübeck.

Auf der Rückseite haben wir euch einen Aufruf aus Oldenburg für mehr Hartz IV abgedruckt, auch wenn wir die Bescheidenheit (mindestens 80 Euro) doch etwas verwunderlich finden. Nicht vergessen: Wir wollen nach wie vor die ganze Bäckerei! Klar, ist es wichtig, auch erstmal ein größeres Stück vom Kuchen zu fordern. Dabei sollten wir aber nicht anfangen, den Staat um Krümel zu bitten.

Wir hoffen auf einige tolle Aktionen bei den „Berlin on sale – Nicht mit uns!“-Tagen und auch ansonsten auf einen heißen Herbst.

Herzlichst,
Eure Redaction.

P.S. Laurynas, schön dass du wieder draussen bist!



dank an die mutigen Aktivist_innen!

Wir sind Bewohnerinnen des Schanzenviertels.

Einige von uns wohnen hier schon über 30 Jahre, mehrere sind hier geboren.

Die Entwicklung des Viertels erleben wir mit großem Unbehagen. Unsere Lebensqualität hat sich sehr verschlechtert.

Orte und Möglichkeiten für selbstbestimmte Kommunikation sind und werden zusehends eingeschränkt. Es gibt kaum noch Läden für den alltäglichen Bedarf. Teure Klamottenläden, Kneipen und Cafés haben deren Platz eingenommen. Das Viertel ist überfüllt - besonders an den Wochenenden - mit erlebnishungrigen Tourist_innen. Der Kommerz blüht - das Leben verschwindet! Viele unserer Freund_innen sind inzwischen weggezogen, weil sie die immens angestiegenen Mieten nicht mehr bezahlen können und den Stress auf der Straße auch nachts nicht mehr ertragen wollen.

Die Hamburger Regierung versucht Harmonie zu verordnen, durch Verschärfung der Kontrolle, Überwachung und Repression. Immer mehr Menschen sind unzufrieden, fühlen sich ohnmächtig, gelähmt, sie resignieren, versuchen sich irgendwie zu arrangieren.

Da stellt die Rote Flora ein Ort der Hoffnung dar. Ein Ort, in dem Menschen versuchen, die herrschende Normalität infrage zu stellen. Mit all den Widersprüchen und Ungereimtheiten, die das mit sich bringt. Selbst diesen Ort versucht die Tourismusindustrie für ihre Geschäfte zu funktionalisieren.

Die Angriffe nachts in Rahmen des Schanzenfestes gegen Banken, Kommerz und Polizei - gegen das Gewaltmonopol der Regierung - hat die Landesregierung provoziert, ihr wahres Gesicht zu zeigen, die scheinbare Harmonie zu durchbrechen. Dafür danken wir den Aktivist_innen, wir fühlen uns mit ihnen verbunden.

Die Polizei reagierte mit einem neuen Aufstandsbekämpfungskonzept, das wir bisher nur aus den Auseinandersetzungen um die Hafenstraßenhäuser oder z.B. aus Oaxaca/Mexiko oder aus Paris/Frankreich kannten: "Gefahrenzone" weiträumig festlegen, diese Zone von allen Menschen räumen, nur Bewohner_innen der Zone kontrolliert rein lassen.

Wenn jetzt von einigen gesagt wird: "es gebe genügend andere Ziele außerhalb des Viertels, um die gesellschaftliche Normalität in Frage zu stellen", denen antworten wir: nur zu, lasst euch nicht aufhalten, geht mit gutem Beispiel voran. Es steht euch frei, an anderer Stelle, mit wirkungsvolleren Mitteln, euch zu äußern.

Wir haben an den Auseinandersetzungen nicht entscheidend beigetragen. Aber wir konnten immerhin Fliehenden vor der Polizei Schutz gewähren. U.a. indem wir ihnen in mehreren Häusern die Haustüren geöffnet haben.

Auf dem Schanzenfest hing ein Transparent mit der Aussage:

"Keinen Frieden mit den herrschenden Verhältnissen.

Eine Welt erkämpfen, in der der Mensch im Mittelpunkt von Denken und Handeln steht - gemeinsam, jetzt und überall !

dem schließen wir uns an.

Hamburg, 05.09.2010

RFID: die totale Polizei

Die Nanos dienen auch zur elektronischen Bepitzelung

RFID: ihr kennt dieses Kürzel – oder “intelligente” Etiketten, “Smart Tags”, Radiofrequenz-Mikrochip, Transponder. Aber was ist es genau? Zu was dienen sie? Wie funktionieren sie? Wisst ihr, dass 2006 das Jahr war, in dem sie massiv von den Unternehmen übernommen wurden? Dass sie diese Dinge unseren Tieren spritzen? Dass sie schon eure Spuren verfolgen? Wisst ihr, dass sie eine der ersten Anwendungen der Nanotechnologien sind, und eine der lokalen Spezialitäten, zwischen dem “Pôle de Traçabilité (Spurenverfolgung)” von Valence und dem “Pôle Minalogic” der Isère? Wisst ihr, dass, ausser es kommt zur Revolte, innert 4 Jahren die elektronischen Spione 30 Milliarden Objekte befallen haben werden – fünf je Menschenwesen, PapuanerInnen mitgezählt? Nein? Also entdecken wir zusammen dieses Bijou der Reality-Science.

Eine wahre Geschichte.

In der Nähe seiner Mutter schwankt das dreitägige Füllen auf seinen Beinen. Die Nadel dringt unter die Haut des Halses. Eine schnelle und schmerzlose Spritze. Der Tierarzt schaut auf sein tragbares Lesegerät: die Identifizierungsnummer X0723A erscheint auf dem Bildschirm, die Wanze funktioniert. Dank der drahtlosen Schnittstelle von Bluetooth überträgt der Lektor die Daten von X0723A direkt auf den Computer: Geburtsdatum, Geschlecht, Nummer der Eltern, Impfungen, Stillung, usw. Durch die Konsultation der Daten wird es nun einfach, die rigorose Fortsetzung alle sanitären Massnahmen zu gewährleisten, zu überprüfen wer der Besitzer ist, und, indem es mit einem tragbaren Lesegerät gescannt wird, kann X0723A in jedem Moment und überall identifiziert werden.

Das Tier ist ins System eingetreten, es hat sein Recht aufs Dasein (*bis zum Schlachthof der Zivilisation...).

Ist kein Roman, sondern die Worte einer Werbebroschüre etwa der französischen Firma IER, Lieferbetrieb für *“komplette Lösungen zur elektronischen Identifizierung eurer Tiere”*. Liebe FreundInnen und *Citoyennes*, ihr ignoriert sicher völlig das, was Landwirte, Züchter und Landleute schon wissen: die RFID dringen in unsere Leben ein um sie zu kontrollieren. Nicht nur indem sie Tiere in kommunizierende Maschinen verwandelt, sondern indem in jedem Wesen ein elektronischer Minispion eingepflanzt wird. Bloss keine Panik: ihr habt euch gar nichts vorzuwerfen.

“Kontaktlos” aber mit Spion

Was sind diese RFID – *Radio-Frequency Identification Device* auf Englisch? Es ist die Realisierung, auf einigen Quadratmillimeter, eines Elixiers um alles zu verfolgen, spüren, lokalisieren, kontrollieren, überwachen – elektronisch. Auch die Bäume, klar doch.

Das Ding gleicht einer Minietikette (daher der Name “intelligente” Etikette oder “Smart Tag”) und besteht aus einem Mikrochip und einer Antenne. Jede Etikette ist einmalig, darum unterscheidet sie den Gegenstand oder die Person die sie tragen von allen anderen, und sie kann von weitem gelesen werden, durch die Dichte der Haut, der Rinde, einer wuchtigen Schneedecke, usw. hindurch.

Erinnert euch das an etwas? Sicher, Navigo, eurer Passepartout der Pariser Metro, oder an den Avan’Tag für das Tram von Grenoble, den ihr zur Entwertung nicht mehr aus dem Sack nehmt. Oder der kontaktlose Passepartout der Autobahnen, der euer Konto belastet. Oder weiter, das Skiabo von Chamrousse, auch das wird auf Distanz entwertet während ihr vor dem Sessellift anstehen dürft. Soooo praktisch. Vorausgesetzt du nimmst in Kauf, dass alle deine Bewegungen registriert werden – Datum, Uhrzeit, Strecke, Fahrtzeit, usw.

Hauptinteresse für jene, die von den RFID profitieren, ist die Speicherung von Millionen von Daten – das Reichtum in der Informationsgesellschaft; Quelle der Macht für die Gesellschaft der Beherrschung.

Wie sie im Labor Auto-ID des Massachusetts Institute of Technology (MIT) so sagen: *“Tut eine RFID-Etikette auf ein CocaCola-Trinkröhrchen oder auf die Achse eines Fahrzeuges, und ein Computer kann sie sofort “sehen”. Tut eine Etikett auf jedes Trinkröhrchen und auf jede Achse, und plötzlich verändert sich die Welt (...) das Auto-ID-Zentrum konzipiert, konstruiert und testet den Einsatz einer globalen Infrastruktur, die den Computers ermöglichen wird überall auf der Welt jedes Objekt sofort zu identifizieren.”*¹

Weitere Beispiele fällig? Das Nokia-Handy mit RFID-Lesegerät kann ein Inventar der “taggierten” Objekte unserer Umgebung aufnehmen und es irgendwohin übermitteln.² Die “Person Tracking Unit” - Vorrichtung von

¹ cf www.autoidlabs.org

² <http://www.rfidjournal.com/article/articleview/834/1/13>

IBM ermöglicht die Etiketten zu scannen, die auf Elementen einer Menschenmasse angebracht sind um deren Bewegungen im öffentlichen Raum zu verfolgen. Die Billette des Weltcups 2006 mit Spion zur besseren Überwachung der Fans. In den französischen Bibliotheken werden sie in die Bücher eingepflanzt: die Registrierungen eurer Verleihungen werden bei eurem Durchgang beim Ausgang vorgenommen. In den amerikanischen *Colleges* werden die Anwesenheit und das Verhalten der SchülerInnen mit ihrer elektronischen Karte kontrolliert³. Gewisse Gemeinwesen wie Paris pflanzen ihren Bäumen Mikrosphone ein um sie besser zu *verwalten*.

Oder noch: Die Spurenverfolgung des Gepäcks in den Flughäfen; Fahrzeugidentifikation, der Luxusprodukte und der Medikamente (gegen Fälschung); kontrollierte Öffnung der elektronischen Türen; Ersatz für die Badge; elektronische Pässe, Visa und ID-Karten; Nachschubverwaltung für die Armee; Spurenverfolgung der Nahrungsmittel; Verwanzung der Tiere. Und der Menschen – wir sind bald so weit.

Nichts auf diesem Planeten darf der Spurenverfolgungssucht entgehen. Der Lobbyismus der Mikrochip-Fabrikanten hat ganze Arbeit geleistet: *“Der Markt ist bedeutend und das Land wird dank dem Einsatz von Michèle Alliot-Marie, Verteidigungsminister, und Francois Loos, Industrieminister, bald die geltenden Regelungen lockern. Das Ziel ist vor allem seine Entwicklung und Anwendung auf dem gesamten Gebiet, DOM-TOM miteingeschlossen, möglich zu machen”*⁴

In der Grossverteilung erlauben die “intelligenten” Etiketten die Produkte von der Fabrik bis zur Müllhalde zu verfolgen, über Transport, Lagerung, Verkauf, und Kampf gegen Diebstahl – pardon, “unbekannte Entfernung des Siegels”.

Warnung an die schnellen Finger: der kleine Umfang der RFID ermöglicht sie in Kleidern, im Papier der Reisepässe, im Körper selbst des Objektes zu verstecken. Nach Februar 2006 hat Hitachi die kleinste RFID-Wanze der Welt vorgestellt: 0,15 mm Seitenlänge und 7,5 µm Dicke. Unsichtbar, nicht auszumachen, ausser für die Maschine und ihre PilotInnen. Sollt ihr wissen bevor ihr euch die Taschen voll stopft (auch wenn anscheinend Alufolie die Übertragung der Radiofrequenz stört. Kurz.).

Wall Mart USA hat seit 2005 die RFID für ihre wichtigsten Lieferanten obligatorisch erklärt, nachgeahmt von Tesco und Marks&Spencer in Grossbritannien, und Metro in Deutschland. Letztere experimentiert seit 2003 mit “das Kaufhaus der Zukunft”⁵. Euer Einkaufswagen, ausgerüstet mit Bildschirm und Lesegerät, registriert jedes Produkt und unterstützt euch beim Einkauf, idiotisch wie ihr nun mal halt seid (Lokalisierung der Produkte im Abteil, Ratschläge, Reklame, usw.). Das Ziel, die Menschen an der Kasse zu eliminieren, der Einkaufswagen wir eure Konto belasten. Am Ausgang dürft ihr die RFID deaktivieren. Falls ihr die Zeit habt sie einzeln an einer Maschine vorbei zu ziehen, und falls ihr es nicht vergisst. Sonst werden sie eure Anwesenheit signalisieren sobald ihr an einem Lesegerät vorbeigeht. Und in Frankreich? Im Februar 2006 hat Carrefour einen Vertrag mit dem Fabrikanten von Checkpoint Systems zur Installierung von RFID-Lesegeräten in 179 Hypermärkten unterzeichnet.

Der Mantel der Marke Tex, Grösse 42, n° 4509246739787, am 12/11/06 um 17:34h beim Carrefour-Meylan gekauft, von einem Bankkonto der Coinnes Tobas von Grenoble abgebucht, ging heute im Bereiche des Lesegerätes der Grand-Place um 8:47h, gestern um 11:28h und letzten Montag um 8:03h vorbei. Dabei war immer das Buch “Drei Rezepte zum Abmagern”, ausgeliehen von der Bibliothek Stadtzentrum an Heiri Müller, und auch der Avan’Tag von Coinnes Tobas, usw.”

Technische Bemerkung

Wie werden unsere Spuren mit den RFID-Spionen verfolgt? Indem eine Wanze und eine Antenne zusammengetan werden. Die Wanze hat ihr eigenes Kennzeichen, das sie von allen anderen unterscheidet. Die Antenne übermittelt via Radiofrequenz die in der Wanze enthaltenen Infos (bei den “passiven” Etiketten), oder registriert neue Infos im Verlaufe der Zeit (“aktive” Etiketten). Die Passiven erhalten ihre Energie vom elektromagnetischen Feld des Lesegerätes und die Aktiven sind mit einer Minibatterie versehen, die sie selbstständig macht. Das Lesegerät kann manuell sein (wie die Lesegeräte für Strichcodes), in einem Bogengang eingebaut (wie bei den Mautgebühren der Autobahnen) oder in der Umgebung versteckt sein (Stadtmobiliar, Türen, usw.).

³ Vgl. www.incomcorporation.com, Affaire im kalifornischen College, das für seine SchülerInnen RFID obligatorisch macht

⁴ <http://www.generation-nt.com/actualites/12098/rfid-etude-arcep>, Februar 2006

⁵ Vgl. T&T, Zeitschrift der Spurenverfolgung, n° 1, 2005

Die RFID benutzen vier Frequenzbereiche: unter 135 kHz (Niederfrequenz), 13,56 MHz (Hochfrequenz), 868-950 MHz (Ultrahochfrequenz), 2,45 GHz (Mikrowellen). Je höher die Frequenzen desto weiter entfernt kann die Wanze gelesen werden (einige Zentimeter bis Dutzende Meter).

Geschichte

Die Idee kam Ende der 40er Jahre auf. Das englische Militär arbeitete an einem Identifikationssystem auf grosse Entfernung um übers Radar die feindlichen Flugzeuge von den eigenen zu unterscheiden. Ein halbes Jahrhundert Elektronik, Mondialisierung des Warentausches, Gesundheits-, Umwelt- und Nahrungsmittelkrisen weiten den Begriff der Identifizierung auf den der *traçabilité* (Spurenverfolgung) aus, was nunmehr auf alles angewendet wird, was die Erde an Lebewesen, Ressourcen und Objekten trägt. Das erste mit RFID verbundene Patent ist von 1969, in den USA eingetragen und gehört Mario Cardullo⁶. Bis in die 1980er Jahre bleibt die Technologie militärisch oder für "heikle" Orte (Atom, etc.) vorbehalten. Dann kommerzialisiert sie der private Sektor zur Identifizierung des Viehs, um dann über die Standardisierung der Ausrüstungen ihren Gebrauch zu verbreiten⁷.

In den Auto-ID-Labors, die vom MIT und einer Hundertschaft grosser Gruppen (Procter&Gamble, Gillette, Carrefour, Coca, Nestlé, das US-Verteidigungsdepartement) aufgebaut wurden, forschen die ForscherInnen am Aufbau eines "Internet der Objekte" zur Zentralisierung der Millionen von Daten, die von den zirkulierenden RFID übermittelt werden. Ein Netz, das jedes Objekt lokalisieren und seine Geschichte erzählen wird – es war hier und dort und kam dann wieder hier vorbei – und den Dingen ermöglichen wird miteinander zu kommunizieren und schlussendlich den menschlichen Eingriff auszuschalten: der Kühlschrank bestellt den Yoghurt, die Waschmaschine wählt das Programm je nach Kleider aus, usw. Mark Weiser, ex Forschungsleiter bei Xerox in Palo Alto, hatte uns gewarnt: *"Die am tiefsten verwurzelten Technologien sind die unsichtbaren. Sie integrieren sich ins alltägliche Leben bis sie nicht mehr ausgemacht werden können."*⁸

Na und?

Ein Objekt, ein Tier, eine Person mit Wanzen vollstopfen verwandelt sie in einfach zu verbindende Maschinen, um ein totales Netz zu bilden, ein *Fischfangnetz* ("net"), als Infoübermittler, andauernd. Es genügt nicht, dass wir permanent übers Handy, Mail, SMS oder Wifi *verbunden* und erreichbar sind; mit den RFID werden wir selbst zu *kommunizierenden Objekten*. Zu Objekten. Die von unseren Herren Schritt um Schritt verfolgt werden, deren Verhaltensweisen sie analysieren und deren Bewegungen sie kontrollieren um uns besser zu "verwalten".

Wie die Computer werden wir bald, und alle, eine elektronische Adresse haben, die unsere permanente Ortung ermöglicht. Das Projekt befindet sich in der Erforschungsphase mit dem Patent namens UIAD⁹ (Einheitliche Identifizierung der Adressen). *"Die Welt ist seit einigen Jahren von der Besessenheit ergriffen, unter dem Vorwand der Spurenverfolgung nicht nur den physischen Objekten, den Individuen, den Fahrzeugen auf der Strasse, den Tieren eine permanente Adresse oder Anwesenheit zu geben, sondern auch allen virtuellen Objekten, seien es Postsendungen oder SMS, Verwaltungspapieren, digitalisierten Musikstücken oder Mikrosklaven oder Software-Programmen (...) die unaufhörlich in den Netzen verkehren und Mikroinfos austauschen um uns besser zu dienen, oder besser gesagt, uns besser auszuspionieren."*¹⁰

Die Schergenwanze

Unsere Spuren über unsere Sachen zu verfolgen ist aufschlussreich aber unsicher. Um sicher zu sein, dass du gestern Abend über diesen oder jenen Platz gelaufen bist, ist die Verwanzung deiner Ausweise nötig. Die USA verlangen von AusländerInnen den elektronischen und biometrischen Reisepass. Frankreich bereitet seinen elektronischen ID-Ausweis (INES) mit biometrischen Daten und einer RFID-Wanze vor. Schluss mit den erniedrigenden Identitätskontrollen, her mit den hinterhältigen Kontrollen auf Distanz.

⁶ Ingenieur, der an den Satellitenprogrammen für die Marine und die mobile Kommunikation (MARSAT) mitgearbeitet hat; Raketenantriebe und Raketenwerfermotoren im Rahmen des Apollo-Programms. (Vgl. <http://www.nvqc.vt.edu/engineering/Cardullo.htm>)

⁷ Science & Vie, April 2004 e www.poletracabilite.com

⁸ Vgl. Union Internationale des Télécommunications (www.itu.int)

⁹ Vgl. www.uiad.org

¹⁰ Vgl. „Les technologies de radio-identification (RFID): enjeux industriels et questions sociétales – Die Radioidentifikationstechnologien (RFID): industrielle und unternehmerische Fragen“, Rapport des Conseil général des technologies de l'information, Januar 2005

“Grenoble Bahnhofplatz am 12/03/08 um 14:11h. StudentInnen demo. Anwesenheit der Individuen X (ID-Ausweis n°048377291), Z (ID-Ausweis n°644812U95), Y (Aufenthaltsbewilligung n°38ATG62960) an der Spitze der Demo erfasst. Achtung, Erfassung des Individuums (ID-Ausweis n° 722390671), das wegen der Teilnahme an der Zerstörung eines GVO-Feldes in Zürich am 24/06/08 fichiert ist.”

Die NostalgikerInnen des Faschismus oder von Vichy bedauern die Langsamkeit des technologischen Fortschrittes sicher sehr: mit dem elektronischen Mikrochip wären die Razzien sicher ergiebiger gewesen. Den GegnerInnen der Nanotechnologien würden sie sicher sagen, falls es das heutige Gesetz erlauben würde: *“Was für NostalgikerInnen ihr aber sein, ihr wollt wohl zum gelben Stern zurück”*.

Möchtet ihr ein wenig spurengesicherten Industriefrass geniessen?

Natürlich dient es zur Verhinderung von terroristischen Anschlägen, aber die Spurenverfolgung muss uns auch von gesundheitlichen Gefahren schützen. Der Rinderwahnsinn war das Alibi um den Tieren Mikrowanzen einzupflanzen. Etikettiert, streifencodiert und fichiert sind die Tiere nunmehr mit Wanzen namens *“Nahrungssicherheit”* versetzt.

Die elektronische Einpflanzung ist ein Zusatz der industriellen Steak-Fabrikation. Fleisch auf Klauen/Pfoten/Hufen, in Fabriken gemästet, mit synthetischen Rationen, mit Antibiotika zum Überleben gezwungen, *verwaltet* durch zootechnische *Überwachung (Monitorierung)*, über tausende von Kilometern transportiert, in kalibrierten Stücken im Supermarkt verpackt. *Hab doch zumindest das Recht zu wissen was ich konsumiere*, reklamiert der Einkaufswagenidiot oder -pilot (oder -in), beruhigt durch der Wanze, die seinen/ihren Hamburger von der Geburt zur Mikrowelle spurenverfolgt.

Wohlverstanden, die Spurenverfolgung signalisiert einzig und allein den umwerfenden Fortschritt der *Unsicherheit der Ernährung*, die von der Landwirtschaftsindustrie verursacht worden ist. Denn die im Käfig aufgezogenen Tiere sind krank, und die Pflanzen unter Infusion von Dünger, Hormonen, Insektiziden, usw. sind kranke Pflanzen. Und wie nun Schweinseuchen bei Schweinen zu verhindern, die wegen ihrer industriellen Aufzucht krank sind? Indem ihnen Mikrowanzen eingepflanzt werden, antwortet der spanische Landwirtschaftsminister.¹¹ Ihr wollt also keine GVO auf eurem Teller? Dann werdet ihr eben spurenverfolgte GVO fressen. Et voilà, nun seid ihr beruhigt. In der Welt der Technolandschaft ersetzt die Spurenverfolgung den Herden die Weide, den Pflanzen den lebendigen Boden, den BäuerInnen den Sachverstand, die Beziehung zwischen KonsumentInnen und ProduzentInnen.

Wenn unser Gemüse vom Markt faul ist, reden wir mit dem Produzenten darüber. Wenn ihr von Carrefour eine Büchse mit Chili und Fleisch kauft, Fleisch in Deutschland geborenem, gemästet in Holland, mit Rationen aus Lateinamerika, die Bohnen aus Italien, in Spanien verarbeitet, das ganze mit in Belgien produzierten Konservierungsmitteln durchsetzt, wie kann dann der Ursprung einer Infektion ausgemacht werden? Dank der Wanze. Und dann fressen wir Geschmortes mit Urkunde, was diesem Schwein von einem Konsumenten zu genügen scheint.

RFID ablehnen heisst Spurenverfolgung und die Manipulierung des Eindrucks von Unsicherheit ablehnen. Wollen wir anständig essen? Wollen wir den LandwirtInnen die Erniedrigung der Mikrospion-Einpflanzung ersparen? Tun wir uns zusammen und kaufen direkt bei ihnen ein.

Vom Haus-Tier zum Haus-Mensch

2006 konnten wir in Frankreich in der Rubrik *“Pratica”* unserer Tageszeitung derartigen Ratschlag lesen: *“Besser als tätowieren. Der Mikrochip ist gegenüber der Tätowierung sehr praktisch, denn: seine Anwendung erfordert keine Betäubung; man kann ihn von Weitem lesen, und das ist ein Vorteil bei ängstlichen oder nervösen Tieren; er ist unsichtbar, fälschungssicher und permanent, er riskiert nicht, wie die Tätowierung, mit der Zeit zu verbleichen. Ein internationales Werkzeug. Die Kartei wird international sein, das Tier kann an der Grenze und im Ausland leicht identifiziert werden. Und denkt daran, es ist obligatorisch, dass alle Hunde und Katzen von mehr als vier Monaten identifiziert sind. Zögert daher nicht, es geht schnell und schmerzlos.”*¹²

Identitätskarte, *Carte Vitale*, automatisierte Fingerabdruckspeicherung, nationale Fiche des genetischen Abdrucks haben uns an die systematische Fichierung der Bevölkerung und die Elektronisierung der Kontrolle gewöhnt. Wie Frösche im kalten Wasser ertragen wir die zunehmende Temperaturerhöhung, ohne zu realisieren, dass sie uns wie ein Fisch in einem heißen Bad verbrühen wird. Und mit den elektronischen Wanzen haben wir bald die 100°C. Zuerst werden sie den Masttieren eingepflanzt (Nahrungssicherheit), dann den wilden (Kampf dem Schmuggel), den Haustieren (*“sehr praktisch”*). So wird das Territorium nach und nach mit den Maschen des

¹¹ www.agrisalon.com, 7/11/01

¹² *Le Daubé*, 10/02/06

Netzes überzogen, nämlich den überall aufgestellten RFID-Lesegeräten. Alle Institutionen, die womöglich ein Tier identifizieren könnten, rüsten sich damit aus: Feuerwehr, Gendarmen, Grenzwächter, Veterinärämter, Tierheime, Asyle, wie auch die 5500 tierärztlichen Beratungsstellen und Spitäler Frankreichs. Ein Tierfreund: *„Da mein Hund immer bei mir ist, bedeutet seine Erfassung meine Erfassung“*. Vor allem aber, unseren Tieren Mikrowanzen einpflanzen heisst, uns an die elektronische Spurenverfolgung zu gewöhnen. Ihr würdet doch eurem Hund nie etwas antun, was ihr für euch ablehnen würdet, nicht wahr? Wie sollten sich Kinder, deren Tiere gescannt werden, denn wundern wenn auch sie dasselbe Schicksal hätten? In zwanzig Jahren wird der Artikel der *Daubé* wieder veröffentlicht, mit *„Individuum“* anstatt *„Tier“*, ohne wen auch immer aufzuregen, mit diesem *„praktischen Ratschlag“* von 2006.

Lehnen wir es ab unsere Tiere in elektronische Gadget zu verwandeln, oder wir werden dasselbe Schicksal erleiden.

Die amerikanische Gesellschaft Applied Digital Solutions setzt sich seit 2000 mit Verichip ein, ihr subkutaner Minispion für Menschliche, natürlich für multiple Anwendungen: Überwachung der Kinder deren Eltern eine Entführung fürchten, die PatientInnen von einigen Dutzend amerikanischen Spitälern mit ihrer digitalisierten Krankenakte *in sich*, verbundene Kunden von spanischen und holländischen Nachtclubs um ihre Ausgaben bargeldlos zu begleichen, Australische Bankangestellte mit der Pflicht sich für den Zutritt zur Arbeit den Arm scannen zu lassen, usw., ohne die Toten des Zyklons Katrina zu vergessen; Technofans, die sich die Mikrowanze zur Sicherheit der Türöffnung ihres Autos oder Hauses einpflanzen lassen; und die Projekte der vielseitigen Anwendung der Wanzen an PatientInnen der Psychiatrie, an Obdachlosen, den Kids von Geburt an¹³.

Warnung ans menschliche Vieh: heute wird ein frei rum laufendes Schaf kurzerhand eliminiert.

Die Verpolizeigung (*„flicage“* – fr.; *„sbirraggio“* – it., verstanden? Sucht mal einen bessern Ausdruck...) – ist gut für deinen Arbeitsplatz

Liebe LeserInnen, findet ihr diese Nachrichten beunruhigend, deprimierend, lähmend? Du fragst dich ob diese Kumulierung an Hertz-Wellen (Handy, Wifi, RFID, schon übergenug) deine Gesundheit bedrohen? Ob diese Milliarden an elektronischen Wanzen in den Müllhalden nicht vielleicht die Böden und das Grundwasser noch mehr vergiften? Du fürchtest um die menschliche Freiheit und Würde? Du stellst dir deine ZeitgenossInnen von dieser elektronischen Sklaverei konditioniert und freiwillig unterworfen vor? Verzweifle nicht. Denn mindestens gereichen diese Opfer zum Vorteil der lokalen Wirtschaft, und, wer weiss?, erhalten sie deine Arbeitsstelle im Becken von Grenoble.

Nach Studien der spezialisierten Büros müsste der RFID-Markt nach 2006 explodieren, mit Prognosen, die bis zu 10-20 Milliarden Objekte voraussehen, die 2008 mit Mikrosproben ausgerüstet sind¹⁴, und erst die 33 Milliarden im 2010 gegenüber den läppischen 1,3 Milliarden von 2005¹⁵.

Jeden morgen gehen Ingenieure und TechnikerInnen der Isère zur Arbeit, an *„Verfahren zum Druck in flüssiger Phase (...) der elektronischen Schaltkreise der RFID-Mikrochips“*¹⁶ (CEA-Léti); an der *„Konzipierung und Optimalisierung der integrierten RFID-Antennen“*¹⁷ (INPG); zur Herstellung *„von polymeren organischen Stoffen zur RFID-Herstellung“* (Ciba); an *„Gravierungsverfahren im Bereiche genügender Problemlösungen zur Produktion von elektronischen Produkten auf elastischer Unterlage (RFID-Antenne, Transistor ...)“*¹⁸ (Piolat); an der *„Entwicklung von organischen aufgedruckten RFID-Antennen“*¹⁹ (Sofileta); der Konzipierung von *„kompletten Paletten an kontaktlosen RFID-Produkten“*²⁰ (Atmel); der Entwicklung der *„ersten RFID-Etiketten komplett aus Plastik“*²¹ (Philips); der Entwicklung einer *„breiten Palette von RFID-Etiketten und kontaktlosen Produkten“*²² (StMicroelectronics); an *„schlüsselfertigen RFID-Lösungen“*²³ (Tagproduct); der Kommerzialisierung des *„vollständigsten Angebotes im Marktsegment der elektronischen Buchungen und RFID“*²⁴ (Silicomp). Usw.

¹³ Vgl. www.stoppuce.be oppure www.jameh.org

¹⁴ Vgl. *„Les technologies de radio-identification (RFID): enjeux industriels et questions sociétales“*, Rapport des Conseil général des technologies de l'information, Januar 2005

¹⁵ *Times*, 19/01/06

¹⁶ *L'Usine Nouvelle* 27/01/05

¹⁷ *La lettre de Minatec*, n°9 September 2005

¹⁸ Dossier Minalogic, Anhänge

¹⁹ Idem

²⁰ <http://www.atmel.com/ad/wireless/rfid/default.asp>

²¹ <http://www.lelectronique.com/actualite/voir.php?news=actu&num=1922>

²² www.st.com/rfid

²³ <http://www.tagproduct.com>

²⁴ *Inovallée Mag'*, n°82, September 05

Grenoble wäre also *auch* die Hauptstadt der RFID? *“Die Zukunft der RFID ist im Herzen von Minalogic angesiedelt”* bekräftigt *Le Daubé*²⁵ - Minalogic, *“weltweiter Konkurrenzpol”* von Grenoble-Isère. Aber aber, etwas demütiger bitte, Grenoble ist *eine* der Adressen des französischen RFID. Wie Gérard-André Sessenne, der Verantwortliche für die Entwicklung Spuren-Pols von Valence sagt: *“Wir befinden uns im technologischen „Herzen“ Frankreichs, in dem RFID-Quadrat, das aus den Städten Grenoble, Valence, Sophia-Antipolis ed Aix-en-Provence besteht.”*²⁶

Wie du siehst, liebeR LeserIn, kannst du dich freuen, der zukünftigen *urbanen Kontinuität* Genf-Valence (der *“Alpinen Furche”*) anzugehören, die unsere Gewählten für 2020 ausgeheckt haben. Schliesslich setzt die Autobahn Valence auf 40 Minuten Entfernung vom wissenschaftlichen Vieleck Grenoble, d.h., weniger lang als bis nach Crolles im Spitzenverkehr. Da wir bald in derselben Stadt leben, teilen wir den Stolz, das *“magische RFID-Quadrat”* zu sein. INPG hat unter Zusammenarbeit mit den Industriellen eine ihrer Schulen, die Esisar, schon in Valence eingepflanzt, zur Ausbildung der zukünftigen RFID-Ingenieure. Esisar, die den *“Spurenverfolgungs-Pol”* von Valence mit der Agence Rhône-Alpes zusammen geschaffen hat, um die Vermessungs-Technologien zu beherrschen (ARATEM).

Aber was soll ein *“Spurenverfolgungs-Pol”* denn sein, wirst du dich fragen?

*“Ein Zentrum für den Austausch und den Transfer von Wissen, antwortet G-A Sessenne. Er besteht aus einer Bandbreite an Kompetenzen heute nationaler und morgen europäischer Tragweite, auf dem Gebiet der Forschung, der Entwicklung, Bildung und Transfer zur Industrie, vor allem RFID.”*²⁷

Um unsere Leben hurtig mit Spionen durchzusetzen, schlägt der Pol den Unternehmen ein experimentelles und Demonstrationszentrum für RFID vor. Auszug aus dem Pressedossier: *“Mit RFID kann die Spurenverfolgung aktiv und dynamisch werden. Auch die kleinsten Gegenstände können mit einer eigenen Identität ausgerüstet werden, die sie leicht verfolgbar macht.”*

Von Grenoble bis Valence gehen die Ingenieure und TechnikerInnen des magischen Quadrates jeden Tag zur Arbeit um die Werkzeuge der allgegenwärtigen Überwachung zu erfinden und herzustellen. Für nichts auf der Welt – vor allem nicht um ihre Freiheit und Würde zu erhalten – würden sie auf ihre Forschung, auf ihre Innovationen, ihre Patente, ihre Karrieren verzichten. Nach ihnen, wegen ihnen, die Sintflut der Kontrolle.

Sagt eher *“grüne Wanzen”* anstatt *“intelligente Wanzen”*

Ihrer freiheitsfeindlichen Enormität bewusst, arbeiten ForscherInnen und Industrielle daran, die RFID *akzeptabel* zu machen.

Juli 2003 lässt das Auto-ID-Zentrum des MIT unerfreulicherweise vertrauliche Dokumente online. Der amerikanische Anti-RFID-Verband CASPIAN²⁸ enthüllt daher, dass die Spionhersteller sich von der Agentur Fleishman-Hillard beraten lassen um ihre Mikrochips besser zu verdealen: die Bezeichnung *“Smart Tags”* mit *“Green Tags”* ersetzen, wovon man annimmt, dass es beruhigender wirkt; *“die Technologie positionieren als sei sie einfach ein verbesserter Strichcode”*, usw. und am Schluss geben die ForscherInnen zu, dass sie darauf vertrauen, dass die KonsumentInnen *“apathisch”* sein und *“sich von alleine der Unvermeidlichkeit der Sache ergeben”* werden.²⁹

In Grenoble konnten die SoziologInnen der *“Anwendungen”*, die Methoden aushecken um uns das Inakzeptable akzeptieren zu machen, nicht anders als sich auf die Seite der RFID zu schlagen. Die 2003 von CRNS, INPG, der Uni Joseph Fourier und Mendès-France geschaffene wissenschaftliche Interessengruppierung *“Pegasus”* zur Frage der *“kommunizierenden Objekte”*, zählt alte Bekannten unter ihren Mitgliedern: Philippe Mallein und Jean Caelen, unter anderen³⁰. Eines der Projekte, das diese Zuhälter der Manipulierung mobilisiert, heisst *“Spumoaat; Spurenverfolgung der von den Usern manipulierten Objekte und Agenten und Anwendungstests”*. Natürlich handelt es sich darum, die Leistungsfähigkeit beim Spurenverfolgen zu verbessern. *“Ziele der Unternehmen: die Nachfrage nach Spurenverfolgung der Objekte wird immer stärker (...) Diese Produkte werden im Verlaufe ihres Lebens von zahlreichen Akteuren manipuliert, es geht darum, sie mit einen Nanospeicher auszurüsten, damit sie selbst dieses Leben erzählen können. So besteht die Hoffnung ihre Geschichte*

²⁵ *Le Daubé* 12/10/05

²⁶ http://dc.editricetemi.com/ed_temi/dcFr/articolo.jsp?idArt=83

²⁷ www.tracenews.net

²⁸ Consumers against supermarket privacy invasion and numbering, www.spsychips.com

²⁹ Vgl. transfert.net/a9099

³⁰ Vgl. *Aujourd'hui le nanomonde* n°3, *« IdeasLab, la machine à fabriquer des besoins – IdeasLab, die Maschine zur Herstellung von Bedürfnissen »* auf www.piecesetmaindoeuvre.com

sowie die Geschichte ausfindig machen zu können, die sie mit anderen künstlichen oder menschlichen Objekten und AkteurInnen gehabt haben.“³¹

Die widerlich nette Sprache um diese Objekte heraufzubeschwören, deren „Geschichte“ erzählt wird, verschleiern den Betrug sehr schlecht. Wer genau „hofft“ diese Geschichte „ausfindig zu machen“, die, effektiv, die unsere ist?

Die RFID sind für die Nanotechnologien das, was Terminator für die GVO ist: ein Auslöser zur Revolte.

Auch die Nano-ForscherInnen sind zu allem bereit um unsere Aufmerksamkeit abzulenken – Dementis, Lügen, Feigheit. In einer Sendung auf France Inter³² zu den Nanotechnologien befragt, wagt Claude Weisbuch, Forschungsleiter beim CRNS, eine Entgegnung, die seriöse JournalistInnen nicht hinnehmen würden – aber bei France Inter sind wir mit den Gästen freundlich: die RFID, erzählte Weisbuch, sind nicht Nano. *„Die RFID stellen effektiv Probleme der Identifizierung der Individuen und der Kontrolle wenn die Infos online gestellt werden, wenn die Karten ausgewechselt werden, usw., aber die RFID sind nicht Nano, einfach weil wir, um Energie zu haben, nicht gänzlich klein sein können. Im Allgemeinen sind die RFID mindestens millimetergross. Dasselbe gilt für den „smart dust“, was autonome Objekte sind, die etwa den RFID gleichen (...) auch „smart dust“, der intelligente Staub, ist millimetergross.“*

Claude Weisbuch ist Wissenschaftler. Und gleichfalls wohl wissend lügt er an der Anhörung bei France Inter und verhehlt, was sein Institut enthüllt. Auszug aus dem Dossier *„Die Nano-Welle“*, veröffentlicht im *„Le journal du CRNS“*, Oktober 2005: *„Neben diesem gesundheitlichen Aspekt wurden weitere Überlegungen ethischer Natur über die möglichen Folgen der Nanotechnologien auf unser alltägliches Leben angestellt. Z.B. die RFID (Radio Frequency Identification Devices), diese elektronischen Etiketten, die schon eingesetzt werden um Haustiere zu identifizieren, um gewisse moderne Autos zu öffnen und starten oder auch um die Spuren gewisser Produkte von ihrer Herstellung bis zu ihrem Verkauf zu verfolgen. Morgen, dank den Nanotechnologien, sind diese Vorrichtungen dazu bestimmt sich in unserem Alltag zu vermehren. Die Kehrseite der Medaille, sie werden auch imstande sein Informationen über alle zu übermitteln: „Angesichts der Befürchtungen von Angriffen auf das Privatleben wurden schon gewisse generelle Prinzipien vorgeschlagen, wie der klare Hinweis auf ihre Präsenz und auf ihre Merkmale, die Beschränkung der ausgetauschten Daten und Möglichkeiten zur Vereinbarung, oder noch weiter, die Möglichkeit sie zurückzurufen oder sie zu untersagen“, analysiert Louis Laurent, Leiter der Forschungsabteilung beim CEA und Mitglied der interdisziplinären Kommission *„Soziale Auswirkungen und Entwicklung der Nanotechnologien“* des Nationalen Komitees für wissenschaftliche Forschung. Sicher ist, dass die Nanotechnologien also die Möglichkeit eröffnen werden, die Informationstechnologie in unserer Umwelt zu verstecken und sie mit ihr zu verschmelzen. Und die Rede ist auch schon z.B. von kommunizierenden elektronischen Stauben, kleinste Systeme, die sich ins Netz einklinken können um Informationen zu sammeln und zu übertragen.“*

Die Nanos sind die Zukunft der RFID, und zwar aus dem einfachen Grunde, dass sie die Senkung der Einheitskosten der Etiketten auf das berühmte Mindestmass von 0,05 € ermöglichen, das Marktziel nämlich. Im Wesentlichen dank den Antennen-Strahldruckverfahren mit einer leitenden Tinte. *„Wir arbeiten mit Verkäufern zusammen, die Nanopartikel enthaltende Tinte herstellen, die es möglich macht Antennen auf billigeres Papier und schneller aufzudrucken“, sagt Van Fleet. Auch er gehört zur Direktion der F&E Group in Lagrangeville (New York), Herstellerin von RFID. Eine weitere RFID-Gesellschaft, Organic ID, in Colorado Spring, entwickelt Antennen mit Nanopartikeln aus Gold, Silber und Polymeren.“*³³

Wenn wir die Bedrohung an der Sorgfalt messen, die von den Forscherinnen an den Tag gelegt wird um sie zu verschleiern, verdienen die RFID unseren Protest. Als Anfang, boykottieren wir die Avan’Tag-Karte des Technopolitanen Verkehrs!

Grenoble, 7. März 2006
Pieces et Main d’Œuvre

Diesen Text und viele andere findet ihr (auf französisch) auf www.piecesetmaindoeuvre.com

³¹ *«Objets, agents et environnement communicants – kommunizierende Objekte, Agenten und Umwelt»* Vortrag am Conseil scientifique international 2004 (J. Caelen, JP Laurencin)

³² *«Le téléphone sonne», 22/02/06*

³³ Üb. aus Science Daily, *„Nano will boost RFID tags“*, <http://www.sciencedaily.com/upi/index.php?feed=Science&article=UPI-1-20050606-14555200-bc-nanoworld-rfid.xml>



Warnung vor zwei Personen im Weser-Ems-Gebiet

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen.

Seit etwas mehr als einem Jahr bewegen sich zwei Personen in linken/linksradikalen Kreisen im Weser-Ems-Gebiet, vor denen wir eindringlich warnen. Sie treten unter den Alias-Namen „Juli“ und „Manu“ auf. „Juli“ ist Ende 20, wirkt aber älter. Sie ist klein und zierlich, hat momentan längere schwarze Haare, trägt ein Nasen-Piercing und mehrere Tätowierungen. „Manu“ ist ebenfalls etwa Ende 20, groß und muskulös und trägt eine Glatze.

Bei „Juli“ handelt es sich um ein ehemals führendes Mitglied und die Mitbegründerin einer bedeutenden Nazi-Kameradschaft. In mehreren Gesprächen tischte sie uns die unterschiedlichsten Versionen ihres „Ausstiegs“ auf. Da sie dabei wichtige Teile ihrer Geschichte verschwieg oder verharmloste und uns auch stumpf belog, bestehen bei uns ernsthafte Zweifel an ihrem endgültigen Ausstieg aus der Nazi-Szene.

Darüber hinaus schrieb sie vor einigen Jahren in einer Mail an eine Antifa-Struktur, dass sie sich für ihren „Ausstieg“ aus der Nazi-Szene an den Verfassungsschutz gewandt habe und von diesem 45.000 Euro (!) erhielt. Uns gegenüber leugnete sie allerdings jeglichen Kontakt zum Verfassungsschutz, ohne dabei einleuchtende Erklärungen für ihre eigene Mail oder ihren Lebenswandel nach dem „Ausstieg“ vorzubringen. Vielmehr verstrickte sie sich bei ihren „Erklärungen“ immer tiefer in ein Konstrukt aus Lügen.

Aus diesen (und vielen weiteren) Gründen sehen wir keine andere Möglichkeit, als jegliche politische Zusammenarbeit mit „Juli“ einzustellen. Da sich ihr langjähriger Lebensgefährte „Manu“ bisher absolut loyal ihr gegenüber verhält und es trotz diverser Versuche bisher nicht gelang, weitreichendere Erkenntnisse über seinen bisherigen Lebensweg in Erfahrung zu bringen, wird es auch mit ihm (zumindest bis auf Weiteres) keinerlei Zusammenarbeit mehr geben. Aufgrund des massiven Misstrauens gegen die beiden wird es ebenfalls keine Zusammenarbeit mehr mit Gruppen und Strukturen geben, die die Beiden in ihren Kreisen dulden.

Wir bitten alle, die in der Vergangenheit ebenfalls mit „Juli“ und „Manu“ zu tun hatten, uns über diese Kontakte und deren Verlauf zu informieren.

Antifa-Cafe Oldenburg

August 2010

Wenn ihr glaubt, Informationen über die beiden zu besitzen, Fragen oder sonstiges vorzubringen habt, wendet Euch an unsere E-Mail-Adresse: antifacafe-ol@riseup.net (PGP-Key gibt es auf Anfrage)

Kriegerdenkmal an der Ofener Straße geteert und gefedert

In der Nacht auf den 23. Juli fand in Oldenburg diese wohl einzigartige antimilitaristische Aktion statt. Die »Artillerie-Ehrenhalle« wurde 1921 gebaut. Diese und die sie umgebenden Gedenksteine sollen die deutschen Soldaten des 1. und 2. Weltkrieges und der Kolonialkriege »ehren«. Es ist das größte »Kriegsdenkmal« der Stadt und daher der zentrale Kranzabwurfplatz der Bundeswehr, des Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, der Bezirksregierung und der Stadt Oldenburg im Rahmen des sogenannten »Volkstrauertages«, welcher bis 1945 noch unter dem Namen »Heldengedenktag« zelebriert wurde.

Der angerichtete Schaden soll 5000-6000 Euro betragen. Die Antimilitarist_innen wurden nicht nur nicht ausfindig gemacht. Die Polizei bemerkte die Aktion erst drei Tage nach der Tat. Der Alhambra-Zeitung wurde ein Bekenner_innenschreiben zugestellt, dass hier dokumentiert wird:



„In der Nacht vom 22. auf den 23. Juli wurde das Kriegerdenkmal auf dem Gelände der Jade Hochschule an der Ofener Straße geteert und gefedert. Sowohl Fassade als auch der sich im Inneren befindliche Altar wurden mit Teerfarbe und Federn verziert. Die Gedenksteine, seitlich des Denkmals wurden farblich dem neuen Gesamtbild angeglichen. Mit dieser Aktion stellen wir eines klar:

NS-Verbrecher und Bundeswehrsoldaten sind keine Opfer!

Die wahren Helden, denen mensch gedenken sollte, sind die Saboteure in den Rüstungsbetrieben, die Widerstandskämpfer unterschiedlichster Kolorate und all jene, welche sich gegen den Krieg gestellt haben. Die unzähligen Opfer die unter der Wehrmacht zu leiden hatten und durch sie zu Tode kamen werden durch solche Ehrenmale verhöhnt. Menschen, die im Auftrag des Staates töten, sind keine Helden!

Wer freiwillig den Dienst an der Waffe wählt, nimmt billigend den Tod anderer Menschen in Kauf. In Zeiten, da die Bundeswehr längst keine bloße Verteidigungsarmee mehr ist, sondern aktiv im Ausland an Kampfhandlungen mitwirkt, ist für Soldatinnen die logische Konsequenz ihrem Gelöbnis auch Taten folgen zu lassen.

Wir fordern den Abriss aller NS-Gedenkstätten und Bundeswehr Ehrenmale, sowie die Auflösung der Partnerschaft zwischen Bundeswehr und der Stadt Oldenburg!

„Keine Versöhnung mit der Vergangenheit. Mörder sind keine Helden – Täter werden keine Opfer!“

KOMMANDO ANDI, NRW“

Fünfundfünfzig Cent. Entschädungen für Opfer der "Reichsbahn"-Deportationen

Quelle: German-Foreign-Policy.com
Erstveröffentlicht: 09.09.2010

BERLIN/WARSZAWA

(Eigener Bericht) - Die Deutsche Bahn AG und die Bundesregierung bieten den Opfern der "Reichsbahn"-Deportationen pro Überlebenden maximal 20 (zwanzig) Euro an. Die Auszahlung soll über mehrere Jahre gestreckt werden, so dass sich die Entschädigung der Anspruchsberechtigten, die in hohem Alter sind, durch Tod erledigt. Wer übrig bleibt, würde von der DB AG pro Monat etwa 55 Cent erhalten. Der Betrag gilt den gesundheitlichen Folgen der "Reichsbahn"-Beihilfe zum größten Menschheitsverbrechen, das über drei Millionen Bahn-Deportierte in die Konzentrations- und Zwangslager führte. Für die "Vermittlung" des DB-Angebots hat sich der gegenwärtige Vorstand der Bundesstiftung "Erinnerung, Verantwortung, Zukunft" (EVZ) hergegeben. Wie es in einem Memorandum heißt, das die Bürgerinitiative "Zug der Erinnerung" gestern veröffentlichte, löst das DB-Angebot "unter den Betroffenen Unruhe aus (...) und beleidigt die Opfer, deren soziale Lage sie zur Annahme nötigt." Der mit der Bundesregierung abgestimmte Betrag sei "geeignet, sowohl in Deutschland wie im europäischen Ausland und weltweit Empörung hervorzurufen." Das an die Außenministerien und die Öffentlichkeit der ehemals okkupierten Staaten gerichtete Memorandum verlangt die umgehende Auszahlung eines Betrages, der an den Deportationseinnahmen der "Reichsbahn" orientiert ist. Für den Spätherbst und Winter ruft der "Zug der Erinnerung" zu Protesten auf den deutschen Bahnhöfen auf.

Laut einem 2009 veröffentlichten Gutachten [1] erhob die "Reichsbahn" für ihre Beihilfe zum Massenmord Beförderungsentgelte, die den Opfern Zahlungen in Millionenhöhe auferlegten. Die Gelder wurden an den Ausgangsbahnhöfen der Verschleppungen als Fahrkarten erhoben, bei den Vertretungskörperschaften der Deportierten in Form von Sammelrechnungen eingezogen oder den Finanzbehörden der okkupierten Staaten zum Zwangsausgleich vorgelegt. Als minimalen Einnahmebetrag, der über die "Reichsbahn"-Konten dem "Reichsverkehrsministerium" und damit dem deutschen Staat zufluss, nennt das Gutachten 445 Millionen Euro heutiger Währung.

2,2 Milliarden

Erbin dieser Einnahmen ist die Bundesrepublik Deutschland, die zugleich Alleineigentümerin der DB AG ist. Aber weder der deutsche Staat noch die Unternehmensnachfolger der "Reichsbahn" haben in den vergangenen 61 Jahren Anstrengungen unternommen, die Schulden zurückzuzahlen. Wie das "Memorandum über die Hilfe für Opfer der 'Reichsbahn'-Verbrechen" [2] feststellt, sind im Berliner Finanzministerium inzwischen 2,2 Milliarden Euro aufgelaufen, wenn eine Verzinsung in Höhe von 2,5 Prozent seit 1945 zugrundegelegt wird.

Lüghaft

Um den Forderungen der überlebenden "Reichsbahn"-Opfer zu entgehen, behauptet das Finanzministerium, sämtliche Deportierten seien bereits entschädigt worden [3] - eine lüghafte oder ahnungslose Behauptung, da die Bundesregierung im Parlament zugeben musste, dass sie noch nicht einmal die Anzahl der Anspruchsberechtigten kennt.[4] Über die "Reichsbahn"-Verschleppungen liegt Berlin angeblich kein Datenmaterial vor.

Eingespannt

Um der deutschen Seite entgegenzukommen, hatten Opferorganisationen aus Polen, der Ukraine, Weißrussland und Russland im März 2010 keinerlei Rechtsansprüche geltend gemacht, sondern Bahn und Bundesregierung lediglich um eine "humanitäre Geste" gebeten.[5] Von diesem Ansatz versprachen sie sich ein schnelles Einlenken des DB-Vorstands, der den gegenwärtigen Vorsitzenden der Unternehmens- und Staatsstiftung EVZ, Günther Saathoff, als "Vermittler" einspannte. Den Opferorganisationen wurde auferlegt, Stillschweigen zu bewahren, so dass eine aktive Unterstützung der Öffentlichkeit behindert wurde.

Ablauf

Weil sie auf ein Einvernehmen mit den "Reichsbahn"-Nachfolgern hofften, willigten mehrere Opferorganisationen in das konspirative Vorgehen ein. Ihre Gutgläubigkeit zahlte sich nicht aus. Im August 2010 präsentierte der Verhandlungsführer der deutschen Seite das inzwischen unwesentlich nachgebesserte DB-EVZ-Angebot: maximal 20 Euro je osteuropäischem Überlebenden der "Reichsbahn"-Deportationen, verteilt auf drei Jahre. Bei mindestens 200.000

Anspruchsberechtigten sollen sich die in hohem Alter befindlichen Opfer mit einem Monatsbetrag von 55 Cent zufrieden geben. Wegen der erheblichen Sterberate dürften nach Ablauf der drei Jahre nur noch 150.000 Empfänger die reich gefüllten Kassen der DB AG belasten.

Werthaltiger

Das Unternehmen hat Reisenden, die im Juli 2010 Ansprüche wegen gesundheitlicher Beeinträchtigungen in überhitzten ICE-Zügen anmeldeten, pro Person 500 Euro ausgezahlt.[6] Der Gesamtbetrag, den der DB-Vorstand deswegen bewilligte (etwa drei Millionen Euro), entspricht fast genau der Summe, die derselbe Vorstand für die Folgen der NS-Deportationen als zahlbar und angemessen betrachtet. Demnach ist das stundenlange Schwitzen bei hohen Temperaturen um den Faktor Tausend werthaltiger als die zwangsweise Verfrachtung Hunderttausender in überfüllten Viehwaggons, die über mehrere Tage von der "Deutschen Reichsbahn", dem Unternehmensvorläufer der DB AG, verplombt und ohne Nahrung nach Theresienstadt oder Auschwitz gezogen wurden.

Expansion

Das DB-Angebot lässt sich an weiteren Finanzentscheidungen des deutschen Staatsunternehmens messen: 2,6 Milliarden Euro investieren DB und Verkehrsministerium in den Umbau des Stuttgarter Hauptbahnhofs, 2,8 Milliarden stehen zur Verfügung, um den britischen Konkurrenten ARRIVA zu übernehmen.[7] Auch für die DB-Expansion nach Polen und in andere osteuropäische Staaten ist Geld reserviert. Dort will die DB von der EU-Liberalisierung des Schienenverkehrs profitieren.

Geschäfte

Ob die beabsichtigte DB-Expansion nach Polen angesichts der Opferreaktionen realistisch ist, wird in Warschau kontrovers diskutiert. Während die letzten Überlebenden einen Abbruch der DB-EVZ-Gespräche befürworten, schreckt der sozialdemokratische Elitenteil vor "fundamentalen" Antworten zurück und empfiehlt eine Interessenabwägung. Demnach rate es sich, Berlin in der Opferfrage nachzugeben und dafür deutsche Unterstützung bei den polnischen Subventionsforderungen an die EU zu erhoffen. Sie belaufen sich auf eine zweistellige Milliardensumme.

Sehr vernehmbar

Das angestrebte Geschäft auf Kosten der NS-Opfer stößt in der Bundesrepublik auf Widerstand. Der "Zug der Erinnerung" fordert einen Runden Tisch unter Beteiligung der in Deutschland lebenden "Reichsbahn"-Geschädigten.[8] Die DB solle außerdem zusagen, Ehrungen der ermordeten Deportierten auf den deutschen Bahnhöfen finanziell mitzutragen. "Wir werden unsere Forderungen bundesweit und sehr vernehmbar artikulieren", sagt Tatjana Engel, Vorstandsmitglied der Bürgerinitiative.

[1] Gutachten über die unter der NS-Diktatur erzielten Einnahmen der "Deutschen Reichsbahn" aus Transportleistungen zur Verbringung von Personen aus dem Deutschen Reich und dem okkupierten Europa in Konzentrationslager und ähnliche Einrichtungen sowie zwischen diesen Einrichtungen einschließlich ihrer Nebenstellen. Ohne Berücksichtigung der von der "Deutschen Reichsbahn" durchgeführten Transporte von Zwangsarbeitern. Berlin 2009.

[2] Memorandum über die Hilfe für Opfer der "Reichsbahn"-Verbrechen. Berlin 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

[3] Schreiben vom 17.03.2010

[4] Deutscher Bundestag, Drucksache 16/9206, 15.05.2008

[5] Warschauer Erklärung. Warschau, März 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

[6] Deutsche Bahn zahlt Millionen-Erschädigung für Hitzeopfer; Hannoversche Allgemeine Zeitung 29.08.2010

[7] Arriva-Deal unter Dach und Fach; manager magazin, 27.08.2010. S. dazu Sparen für die Expansion

[8] Memorandum über die Hilfe für Opfer der "Reichsbahn"-Verbrechen. Berlin 2010; www.zug-der-erinnerung.eu

Laurynas ist draußen

Verfasst am: 20.09.2010 - 16:43. Geschehen am: Montag, 20. September 2010.

Nach über 18 Monaten Haft wurde Laurynas heute aus der JVA Charlottenburg entlassen. Laurynas wurde verurteilt, weil er am 14. März 2009 bei der United-We-Stay-Freiraumdemonstration einen Polizisten und einen Mannschaftswagen der Polizei angegriffen haben soll. Unter dem Motto "Kleine Raushole" konnte Laurynas heute vor dem Haupteingang der JVA Charlottenburg empfangen werden.

Manche hatten sich einen (alkoholfreien) Sektempfang mit vielen Menschen gewünscht. Doch letztendlich kamen nur drei Personen, um Laurynas abzuholen. Als der erste Unterstützer in den fast menschenleeren Friedrich-Olbricht-Damm einbog, bekam er zuerst einen roten VW-Kastenwagen mit dem Kennzeichen B-CP 3113 zu sehen. Darin saßen zwei szenekundige Beamte der Polizei in ziviler Kleidung. Wie Stalker führen sie dem Unterstützer hinterher und wendeten vor ihm, als er sich vor dem Haupteingang der JVA Charlottenburg hinsetzte und auf Laurynas Entlassung wartete. Ein anderer PKW, mit ebenfalls zwei szenekundigen Beamten der Polizei in ziviler Kleidung (LKA 6, operative Dienste) besetzt, parkte in der direkten Umgebung. Plötzlich führen drei Mannschaftswagen der Berliner Direktionshundertschaften (Direktion 4 - Festnahmezug) und stoppten vor dem Gefängnis. Nach kurzer Zeit gingen diese auf den Unterstützer zu und wollten diesen kontrollieren und durchsuchen. Als Grund nannten sie, dass er "amtsbekannt" sei und als "Gefahr" eingeschätzt wurde. Nach der Durchsuchung und der Übergabe eines Durchsuchungsprotokolls kamen zwei weitere UnterstützerInnen, die aber nicht mehr kontrolliert wurden, da Laurynas genau in diesem Moment entlassen wurde und von den drei freundlich begrüßt wurde.

Nach einem kurzen Stopp im Supermarkt ging es dann auf die Suche nach einer Unterkunft für Laurynas. Anscheinend wurden viele Berliner Hausprojekte und Politgruppen in Berlin angeschrieben und sie gebeten einen (vorrübergehenden) Wohnraum für Laurynas zu finden. Doch geklappt hat das nicht. Und so musste sich Laurynas selbst einen Platz zum Schlafen suchen.

In anderen Regionen dieser Welt werden Gefangene von riesigen Demonstrationen aus der Haft abgeholt und nach Hause gebracht. Hier scheint das nicht zu klappen. Woran hat es gelegen? Warum lassen wir Gefangene allein? Warum vergessen wir Gefangene, die bei den Aktionen, die wir organisierten, in Haft gerieten?

Danke an alle, die Laurynas Texte abgetippt haben, seine Gefängnisadresse und Repressionsgeschichte verbreiteten, die ihm Briefe, Karten, Zeitschriften, Briefmarken, Kalender, Poster und Aufkleber ins Gefängnis schickten. Danke an alle, die Artikel für ihn schrieben, Mails für ihn verschickten, danke an alle, die Laurynas besuchten. Danke an alle, die über Laurynas redeten und auf ihn aufmerksam machten, danke für das Geld und die Abos, die er in das Gefängnis geschickt bekam. Danke an ABC Berlin, ABC Orkan, Rote Hilfe OG Halle, den Ermittlungsausschuss Berlin und der WBA Antirepressionsgruppe. Danke an alle Organisationen und Einzelpersonen, die sich um Laurynas gekümmert haben. Und danke, an die Rechtsanwältinnen, die Laurynas verteidigt und vor Abschiebung bewahrt haben.



Neuer Prozess um Tod des Asylbewerbers Oury Jalloh wohl ab 25. Oktober

Verfasst am: 17.09.2010 - 23:47.
Quelle: LVZ Online

Erstveröffentlicht: 07.09.2010

dpa

Magdeburg. Der neue Prozess um den Feuertod des Asylbewerbers Oury Jalloh in einer Polizeizelle in Dessau beginnt voraussichtlich am 25. Oktober. Entsprechende Absprachen habe die 1. Strafkammer des Landgerichts Magdeburg mit Staatsanwaltschaft und Verteidigung des angeklagten Polizisten getroffen, teilte ein Sprecher am Dienstag mit. Noch seien die Ladungen allerdings nicht erfolgt, so dass der Auftakt des Verfahrens und alle anderen zunächst bis April 2011 geplanten Hauptverhandlungstermine noch nicht endgültig feststünden.

Der aus Sierra Leone stammende Jalloh war am 7. Januar 2005 qualvoll in einer Ausnüchterungszelle gestorben, die er selbst angezündet haben soll. Das Landgericht Dessau-Roßlau hatte im Dezember 2008 einen seinerzeit anwesenden Polizisten vom Vorwurf der Körperverletzung mit Todesfolge freigesprochen. Der Bundesgerichtshof (BGH) hob dieses Urteil jedoch im Januar 2010 nach Revision von Staatsanwaltschaft und Nebenklage auf, weil die Begründung Lücken aufweise.

Nun muss das Landgericht Magdeburg die Frage klären, ob der Polizist eine Mitschuld am Tod des 23-jährigen Jalloh trägt. Den Freispruch eines zweiten Polizeibeamten hatten Staatsanwaltschaft sowie die Eltern und der Halbbruder Jallohs als Nebenkläger akzeptiert.

Nach dem Urteil des Landgerichts Dessau-Roßlau soll Jalloh in der Ausnüchterungszelle eine Matratze mit einem Feuerzeug angezündet haben - obwohl er selbst gefesselt war. Das dadurch ausgelöste Alarmsignal des Rauchmelders soll der angeklagte Beamte zunächst mehrfach abgestellt haben und erst mit Verzögerung zur Zelle geeilt sein. In seiner Urteilsbegründung erklärte das Gericht damals, die Abläufe ließen sich nicht mehr restlos erhellen, weil Zeugen und Angeklagte - also auch Polizisten - widersprüchliche Aussagen gemacht hätten.

Der tödliche Zwischenfall in der Polizeizelle sowie die lange Dauer der juristischen Aufarbeitung sorgten im In- und Ausland für heftige Kritik von Menschenrechtlern. Sie warfen Polizei und Justiz vor, Dinge vertuscht zu haben.



Walli & der Umgang mit sexualisierter Gewalt

Einleitung

Der nachfolgende Text dient der Veröffentlichung von Vorfällen sexualisierter Gewalt, insbesondere jedoch des Umgangs mit diesen auf der Walli (Alternative e.V., Lübeck). Eben diese Vorfälle wurden über Jahre unter den Tisch gekehrt, so dass weder Besucher_Innen noch Bands oder Politgruppen sich entscheiden konnten, in welchem Umfang sie mit der Walli als Institution zu tun haben wollten.

Dieser Text ist ein Versuch der Aufklärung, aber zugleich auch ein Akt des Protestes, denn wir, also Basta! und einige Einzelpersonen, sehen alle Versuche der internen Aufarbeitung als gescheitert an. Daher hat Basta! sich als ansässige Politgruppe entschieden, die Walli zu verlassen. Die Walli war ein Ort des freien Denkens, der kreativen Aktion und der alternativen Lebensweise. Wir werden versuchen, den Leser_innen über das, was auf der Walli passiert ist, einen Überblick zu verschaffen: über die allgemeine Stimmung, wie wir sie wahrnehmen und über das, was im Moment passiert. Für viele von uns ist es traurig zu sehen, wie dieser Ort, der sich als Freiraum bezeichnet, unter Sexismus, sexualisierter Gewalt und vor allem dem unreflektierten Umgang damit leidet. Die Walli ist keine Alternative mehr. Dieser Text soll der Walli ihren Schein nehmen und jedem Menschen ermöglichen, sich ein klares Bild von dem „Freiraum“ Walli zu machen.

Die Täter

Der folgende Abschnitt informiert über vier Personen, was zum Verständnis des aktuellen Klimas nötig ist. Die Namen wurden geändert. Diese Personen haben wir exemplarisch ausgewählt, sie stellen keine vollständige Auflistung dar.

Ein langjähriges Mitglied der Gruppe Avanti und ehemaliger Vorsitzender des Trägervereins, Ansprechpartner besonders der Jugendlichen, verübte in einem Zeitraum von 15 Jahren wiederholt sexualisierte Gewalt gegen Minderjährige. Z. ist mittlerweile aus politischen und subkulturellen Zusammenhängen ausgeschlossen, befindet sich in Therapie und setzt sich mit seinen Taten auseinander.

K., ein ehemaliger Bewohner und ehemaliges VeB-Kollektivmitglied, verletzte über einen mehrjährigen Zeitraum die körperliche und seelische Integrität junger Frauen. Er respektierte weder verbale noch nonverbale Neins. Gegen K. wird das bestehende Hausverbot durchgesetzt, er befindet sich in Therapie und setzt sich mit seinem Verhalten auseinander. Er respektiert den Schutzraum einer betroffenen Person.

Ein weiteres langjähriges Mitglied der Gruppe Avanti missachtete wiederholt die Grenzen junger Frauen und wurde übergriffig. Bereits zum zweiten Mal wird eine Schutzraumforderung gegen L. nicht durchgesetzt. Nach unserem Kenntnisstand hat Avanti L. aus ihren Zusammenhängen ausgeschlossen und versuchte die Schutzraumforderung zu verwirklichen. Gegen den Widerstand des Hausplenums resignierte Avanti aber schließlich. Es ist nicht klar, ob und inwiefern der Täter sich mit seinem Verhalten auseinandersetzt. Er hat sich seitdem wiederholt auf dem Gelände aufgehalten, trotz einer Avanti-internen Absprache, nach der er die Walli nicht betreten würde.

Die aufgezeigten Übergriffe und Grenzverletzungen spielten sich auf der Walli oder im Zusammenhang mit der Walli ab. Die Täter befanden sich während dieser Zeit in exponierten, hierarchischen Stellungen gegenüber den betroffenen Personen. Der Täter K. wurde auch außerhalb von Lübecker Zusammenhängen übergriffig.

Klassenjustiz und Einschüchterung

Auf der Walli haben sich zwei ungleiche Verhaltensmuster im Umgang mit Gewalttätigkeiten sexualisierter und nichtsexualisierter Art etabliert: Hausverbote gegen auf dem Gelände unbekannte oder unbeliebte Personen werden – teilweise sogar mit völlig inadäquater Gewalt – konsequent durchgesetzt.

Stammt der Täter jedoch aus der Szene und genießt hier ein besonderes Ansehen, schaut man weg. Täter konnten offen die Grenzen anderer überschreiten. Massive sexualisierte Übergriffe werden bagatellisiert. Es findet eine Vertauschung von Tätern und Betroffenen statt, denen

leichtfertig eine Mitschuld unterstellt wird. Mittels verbaler und körperlicher Dominanz wird das Hausplenum für einen solchen Umgang instrumentalisiert. Unbequeme Personen werden eingeschüchtert.

Im Zuge der Bekanntgabe der Täter Z., K. und L. verschärfte sich die Situation auf dem Gelände. Die Stimmung richtete sich weiter und offensiver gegen Betroffene und ihre Unterstützer_innen. Um über ein Hausverbot entscheiden zu können, wurde verlangt, Details der Taten der Walli-Öffentlichkeit mitzuteilen. Zum Schutz des Täters wurde billigend eine Retraumatisierung von Betroffenen in Kauf genommen und Druck auf betroffene Personen ausgeübt, sich zu einer schrecklichen und verletzenden Situation öffentlich zu äußern. Die Lage der Täter wurde in den Fokus gerückt. Auch öffentliche Demütigungen von betroffenen Personen – am Kneipentresen, beim Kollektiv- und Hausplenum, aber auch in öffentlichen Stellungnahmen - blieben nicht aus. Zum Schutz des Täters kam es immer wieder zu Anzweiflungen, Verleumdungen, systematisch wurden Gerüchte gegen Betroffene gestreut. Ein Hausverbot gegen Täter L. wurde schließlich nach nur 2 Wochen wieder aufgehoben und somit das zweite Mal eine betroffene Person von L. nicht als solche anerkannt und ihr Schutzraum negiert.

Hinter der Definitionsmacht steckt der Gedanke, die Ohnmacht der Betroffenen zu durchbrechen und ihnen Raum zu geben selbst zu entscheiden, wie sie Erlebtes definieren und wie sie sich ihren Schutzraum vorstellen. Der Täter soll nicht bestraft oder stigmatisiert werden, sondern Betroffenen ein Schutzraum ermöglicht werden.

Auf dem Gelände der Walli herrscht dagegen ein Klima gegen Betroffene. Durch Wegschauen wird Tätern erst Raum für ihre Übergriffe gewährt. Es ist damit zu rechnen, dass Personen, die die Stimmung gegen die Betroffenen beobachten konnten, auf Schutzraumforderung verzichten. Natürlich gibt es auf der Alternative auch Menschen, die den gegenwärtigen Zustand ändern wollen, aber an der Ignoranz einflussreicher Personengruppen scheitern.

Perspektiventag: Enttäuschung & Resignation

VeB, TreibsAND, Bewohner, Avanti, LBgR, Brazil, Einzelpersonen und Basta! sind sich einig, dass die momentane Situation geändert werden muss. Das konnte im Juni auf einem Perspektiventag mit Hilfe eines Moderators festgestellt werden. Auf diesen Tag arbeiteten alle Gruppen fieberhaft hin und auch wir haben uns Hoffnungen gemacht, es könnte sich dadurch etwas ändern. Die Hoffnung verflog schnell und schwenkte in tiefe Enttäuschung und Resignation um. Das Verhalten im Hausverbot gegen L. machte uns deutlich, dass es auf der Walli keinen Aufarbeitungsprozess geben wird, der im Sinne betroffener Personen und eines antisexistischen Selbstverständnisses funktioniert. Eine Fortsetzung des Perspektiventags scheiterte schon an terminlichen Schwierigkeiten des VeB-Kollektivs.

Patriarchat Walli

Die Walli ist ein männlich dominierter Raum. In Politgruppen, in Kollektiven und im Wohnzusammenhang wie auf den Hausplena sind sozialisierte Frauen unterrepräsentiert, von nicht-hetero- oder transsexuellen Menschen ganz zu schweigen. In der Geschichte der Walli haben Frauengruppen und feministisch/progressive Kräfte die Alternative aufgrund des vorherrschenden strukturellen Sexismus immer wieder verlassen. In den vergangenen Jahren versuchte zwar eine Antisexismus AG dem sexistischen und heteronormativen Normalzustand entgegen zu treten und mit Veranstaltungen und Diskussionen einen Bewusstseinswandel zu katalysieren, doch scheiterte dies an verkrusteten, patriarchalen Strukturen. Männer fühlten sich angegriffen und schutzlos einer feministischen „Übermacht“ ausgesetzt, antisexistische Positionen wurden ins Lächerliche gezogen und Aktivistinnen offen angegriffen. Diese Angste, die einzig und allein aus sexistischen Ressentiments genährt werden und ein Nichtverständnis von Patriarchat widerspiegeln, werden auch in der momentanen Situation reproduziert und offen gegen Betroffene zunutze gemacht. Betroffene werden zu Projektionsflächen sexistischer Klischeevorstellungen, die wirken, als wären sie den stumpfesten Stammtischen entsprungen. Das Konstrukt der hinterhältigen Frau, die sich rächen will, wird ebenso bedient wie Bilder von Teil- oder gar der alleinigen Schuld. Die Täter werden zu Opfern der starken Frauen stilisiert und es wird offen um Solidarität und Sympathie geworben. Täter- und Betroffenenpositionen werden verdreht und verklärt um die Täter zu entlasten, den männlich dominierten Ist-Zustand nicht hinterfragen zu müssen und um sich nicht mit der eigenen Schuld des offensiven Wegschauens und Zulassens beschäftigen zu müssen. Die Positionen des VeBs und weiterer Personen zeigen,

dass es weder ein Verständnis von struktureller Gewalt gegen sozialisierte Frauen, noch von den Auswirkungen sexualisierter Gewalt auf die Betroffenen gibt. Das Klima auf der Walli und dieser ebenso falsche wie verachtenswerte Umgang mit den Problemen des Geländes führten nicht nur bei den Betroffenen dieser Täter zu Retraumatisierungen. Frauen, die offensiv, wehrhaft und selbstbewusst, also mit vermeintlich männlichen Eigenschaften auftreten, werden als Bedrohung wahrgenommen und offensiv angefeindet: Wir wissen, dass einige Männer sich bei solchem Verhalten in ihrem Raum eingeschränkt und gegebenenfalls sogar bedrängt fühlen, aber der Prozess hin zu einem antisexistischen und antipatriarchalen Klima auf der Walli ist ein Prozess des Raumanneignens und offensiven Auftretens von sozialisierten Frauen, Lesben und Trans. Das Verhalten auf der Walli macht deutlich, wie bürgerlich und unreflektiert vermeintlich linke Strukturen sind.

Verhalten der Kollektive

Basta! muss sich vorwerfen zu den aktuellen Geschehen auf der Walli zu lange geschwiegen zu haben. Zwar stand für die Gruppe mit der ersten VeB-Stellungnahme fest, dass das Kollektiv als Veranstaltungsort zu meiden sei, sie verschwand aber ohne erklärende Worte in umliegende Räumlichkeiten. Viel zu spät und lange nachdem die Situation auf dem Gelände unerträglich wurde, äußerte sich Basta! in einer schriftlichen Stellungnahme. Viel zu spät kam diese Stellungnahme von einer Jugendgruppe, die stets von sich selbst behauptet, antisexistisch zu denken und zu handeln. Die Debatte war bereits vor etlichen Monaten völlig aus dem Ruder gelaufen und hat bislang nur eines erzeugt: ein Klima von Angst, Verleumdung und Unsicherheit. Fakt ist: Basta! hat durch Schweigen und Wegsehen dazu beigetragen dieses Klima zu erschaffen und wir müssen nun einsehen, dass wir unseren eigenen und den Ansprüchen anderer nicht gerecht wurden. Anstatt selbst aktiv zu werden, haben wir zweifelhaften Akteur_Innen das Feld überlassen und tragen deshalb in hohem Maße Schuld an der feindseligen Stimmung gegen betroffene Personen auf der Walli.

Gerade dieses Wegschauen und Schweigen verurteilen wir immer wieder im Zusammenhang mit faschistischer Gewalt, doch wenn direkt vor unserer Nase Übergriffe und Stimmungsmache gegen betroffene Personen passieren, sind wir nicht in der Lage angemessen zu handeln. Wir hätten uns viel früher gegen Täterschützer_Innen zur Wehr setzen und der Definitionsmacht gemäß gegen sie vorgehen müssen, um einen Schutzraum für die betroffenen Personen zu ermöglichen.

VeB^[1], Brazil^[2] & Wagenplatz

Im Zuge der Bekanntmachung Z.s auf dem Gelände kam es zur Veröffentlichung einer Schutzraumforderung gegen K. Bereits zum wiederholten Male wurde dem Kollektivzusammenhang des Täters sein Verhalten berichtet; eine Veröffentlichung und die Durchsetzung eines Hausverbotes gelangen. Die Kontaktgruppe des Täters (bestehend aus VeB-Kollektivmitgliedern) versuchte durch Nicht-veröffentlichen des Vorwurfs auch im eigenen Kollektiv den Täter zu schützen. Bei Treffen mit der Unterstützer_Innengruppe einer Betroffenen stellten sie ihre Wahrnehmung und Definitionsmacht in Frage. Seitdem untergräbt dieser Personenkreis, das VeB als gesamtes Kollektiv, einzelne Bewohner_Innen und Teile des Brazilkollektivs, die Glaubwürdigkeit einer Betroffenen und das Durchsetzen der Definitionsmacht. Das VeB veröffentlichte eine Stellungnahme, in der dazu aufgerufen wurde, K. nicht mehr Täter zu nennen und versuchte durch eine Verdrehung von Betroffener und Täter weiter eine negative Stimmung gegen Betroffene zu forcieren. Zwar wird das Hausverbot für K. weiter aufrecht erhalten, doch ein Schutzraum für die Frauen, deren Grenzen er missachtet hat, besteht aufgrund der momentanen Stimmung und aufgrund des Verhaltens, insbesondere des VeB-Kollektivs, nicht. Das VeB trug zur Eskalation der Diskussion und zu gezielten Angriffen auf betroffene Personen besonders aktiv bei, während das TreibsAnd erst gar nicht an der Diskussion teilnahm. Erst nach mehrfachen Aufforderungen anderer Gruppen schalteten sich einige Kollektivler_Innen ein und beteiligten sich unter anderem am Perspektiventag. Doch auch das TreibsAnd^[3] übernahm den auf der Walli vorherrschenden Ton. Das TreibsAnd legte viel Wert auf den Zusammenhalt aller Kollektive und Gruppen. Durch das schon als konservativ zu bezeichnende Verhalten des TreibsAnds wurde der Prozess keineswegs vorangebracht. Auch dieses Kollektiv legte den Fokus auf die Situation der Täter und hinterfragte die Wahrnehmung von Betroffenen. Das TreibsAnd war maßgeblich daran beteiligt das Hausverbot gegen L. nach

zwei Wochen zu kippen.

Avanti: Vertuschen und Festplatten sichern

Die Vorwürfe gegen L., die bereits von mehreren Personen erhoben wurden, ignorierte und bagatelisierte Avanti (avanti-projekt.de/luebeck) nicht erst innerhalb des vergangenen Jahres. Eine Betroffene und ihre Unterstützer_Innengruppe, die bereits vor zwei Jahren versuchten ein Hausverbot gegen L. durchzusetzen, wurden vom VeB-Kollektiv und vom Täter K. massiv eingeschüchtert, bis unter diesem Druck die Schutzraumforderung zurückgezogen wurde. Auf dem Plenum zu diesem Hausverbotsantrag vor zwei Jahren war für die Gruppe Avanti der Täter Z. anwesend. Erst durch ein Gespräch einer weiteren Betroffenen mit Mitglieder_Innen von zwei anderen Ortsgruppen und einem Nicht-Avantimitglied vor zwei Monaten setzte Avanti Lübeck die gestellten Forderungen um, schloss L. von der aktiven politischen Arbeit aus und setzte ein Hausverbot gegen ihn durch – jenes Hausverbot, welches nach nur zwei Wochen wieder aufgehoben wurde.

Vor etwas über einem Jahr wurden Tätervorwürfe gegen Z. und L, zwei Mitglieder der Ortsgruppe Lübeck, an Avanti herangetragen. Einer der Täter, Z., wurde nach einem Eingeständnis seiner Taten umgehend von der aktiven politischen Arbeit ausgeschlossen, der Aufenthalt auf der Walli und auch in anderen Zentren ist ihm seitdem verboten. Die anderen Gruppen und Kollektive der Walli informierte Avanti allerdings erst Monate später, im November. Als offizielle Erklärung für Z.s Fernbleiben der Walli galt: „Z. geht es nicht so gut, er möchte sein Leben neu ordnen.“ Strukturen außerhalb der Walli sind nur teilweise informiert.

Nachdem Avanti Lübeck über die Vorwürfe gegen Z. informiert wurde, gab dieser seine Taten zu. Avanti und Z. begründeten sein Fernbleiben auf Nachfragen mit einer Sommer- und später mit einer Politikpause. Z. war jedoch weiterhin außerhalb der Walli in szenetypischen Läden anzutreffen. Erst nach ca. 6 Monaten wurden die Vergehen Z.s den anderen Kollektiven und Gruppen auf der Walli mitgeteilt. Dieses lange Geheim halten schützte in erster Linie die Gruppe Avanti, die Walli und den Täter; jedoch keine betroffenen oder potentiell betroffenen Personen. Weiterhin erweckte Avantis Umgang mit den Fällen den Eindruck, dass der Gruppe der Schutz der eigenen Festplatten und Unterlagen vor polizeilichen Maßnahmen wichtiger sei, als der Schutz betroffener Personen. So lud man zu einem Sondertreffen, wo vorrangig Verhaltensweisen für den Fall, dass die Geschehnisse nach außen dringen sollten, besprochen wurden.

Trotz aller Kritik die wir an Avanti üben, ist es uns wichtig, deutlich zu machen, dass Avanti als OG Lübeck und als überregionale Organisation auf vielfältige Art und Weise versuchte eine progressive Diskussion voranzutreiben. Dies tun sie bis heute. Das Verhalten von Avanti und dem Rest des Geländes kann und darf, trotz aller Differenzen und Kritik unsererseits, nicht gleich gesetzt werden.

Basta! verlässt die Walli

Nach einer langen Phase des Zögerns und Hoffens sieht Basta! sich nun gezwungen die Walli zu verlassen. Wir gehen diesen Schritt als Gruppe, weil unser Glaube an eine positive Aufarbeitung der Geschehnisse verloren gegangen ist. Auf der Walli lässt sich nicht mehr diskutieren, die Verhältnisse, die das unerträgliche Klima von Angst und Bedrohung erzeugen, sind bis ins Innerste verhärtet. Mitglieder_Innen unserer Gruppe werden aggressiv beleidigt und lächerlich gemacht. Uns wurde die Fähigkeit, eine Stellungnahme selbst zu schreiben, offen abgesprochen. Auf welcher Grundlage soll eine konstruktive Diskussion da stattfinden? Grundsätze, die im Umgang mit Vorfällen sexualisierter Gewalt selbstverständlich sein sollten, werden dem Schutz des eigenen Kollektivs, der eigenen Gruppe, der eigenen Person, der Walli untergeordnet.

Basta! hat einen Grundsatz bis zuletzt vertreten: Kritik geht vor Zusammenhalt. Immer wieder versuchten verschiedene Kräfte der Walli einen Zusammenhalt zu erzeugen: mit emotionalen Darstellungen der „Walli bleibt“ Kampagne oder ähnlich unsachlichen und unangebrachten Kommentaren, die den Ernst der Lage verkennen und die wirklichen Konflikte verdecken sollen. Die Wirkungsmechanismen dieses Zusammenhalts kennen wir zum Beispiel vom Nationalismus. Es tut uns weh die Walli zu verlassen, haben wir doch dort Ausgangspunkt und Rückzugsort gehabt. Doch um in Zukunft glaubwürdig Politik machen zu können, ist eine Trennung von der Walli zwingend erforderlich. Aus unserer Stellungnahme ist bekannt, dass wir die Zusammenarbeit mit Kollektiven und Gruppen auf dem Gelände eingestellt haben, doch die

räumliche Nähe stand im Widerspruch zu der inhaltlichen Distanz: Als Konsequenz entfernen wir uns von der Walli. Damit entziehen wir der alternative e.V. und allen auf dem Gelände tätigen Zusammenhängen unsere politische Legitimation. Wir wissen, dass einige Einzelpersonen innerhalb der Kollektive noch für eine antisexistische Walli kämpfen und nicht aufgeben wollen. Dieser Einsatz findet unseren größten Respekt und unsere Unterstützung. Wir haben als Gruppe entschieden, eine gemeinsame Antwort auf die bestehenden Verhältnisse zu liefern. Wir glauben damit ein stärkeres Zeichen setzen zu können, als wir es einzeln tun könnten. Die Aufklärung über die katastrophalen Zustände haben wir in unsere Hand genommen. Wir sehen uns zu diesem „Alleingang“ aus mehreren Gründen gezwungen:

1. Die Zusammenhänge der Walli schaffen es nicht, radikale Kritik an sich selbst zu üben bzw. die Strukturen der Walli zu hinterfragen.
2. Diese Kritik ist aber notwendig, angesichts der Vielzahl der Vorfälle und des unreflektierten Umgangs mit eben diesen.
3. Basta! hat als ansässige Gruppe die Pflicht, einen Freiraum zu gewährleisten.

Wir haben uns für eine Veröffentlichung der Geschehnisse auf der Walli in einem überregionalen Rahmen entschieden, weil wir nicht mehr an eine positive Entwicklung auf der Walli ohne massiven Druck von außen glauben. Seit Monaten - teilweise seit Jahren - kämpfen wir auf dem Gelände für eine antisexistische Praxis, die Betroffene schützt und Geschehenes aufarbeitet und versuchen mit der Tradition des Wegschauens zu brechen. Doch mussten wir in den letzten Wochen und Monaten leider immer wieder feststellen, dass es durch interne Diskussionen und auch durch den Perspektiventag keine Veränderungen der Situation zugunsten von Betroffenen gibt und dass kein Interesse an einer Aufarbeitung der Vergangenheit herrscht. Im Gegenteil: Menschen, die Betroffene unterstützen oder für die Definitionsmacht eintreten, werden angegriffen und Betroffene werden weiter öffentlich gedemütigt. Es geht uns keinesfalls darum, einfach auszuziehen und ab sofort gegen die Walli und alle dort befindlichen Gruppen und Kollektive zu hetzen. Ziel ist, dass diese ihr eigenes Verhalten ernsthaft reflektieren, Hierarchien und Strukturen, die Täter über Jahre geschützt haben, aufgebrochen werden und ein neuer Umgang mit dem Thema sexualisierte Gewalt zugunsten von Betroffenen gesucht wird. Durch eine Veröffentlichung wollen wir potentielle Walli-Besucher_Innen ebenso wie politische Gruppen und Bündnisse informieren und warnen, dass die Walli keinen Schutzraum für von sexualisierter Gewalt Betroffene und potentiell Betroffene darstellt.

Zudem können wir es nicht hinnehmen, dass jahrelanges, klares Fehlverhalten geheim gehalten und vertuscht wird und die Walli nach außen vorgibt, ein antisexistischer Freiraum zu sein. Wir möchten durch diese Veröffentlichung zeigen, dass der Weg, den die Walli bezüglich sexualisierter Gewalt eingeschlagen hat, nicht nur den Grundsätzen der Definitionsmacht widerspricht, sondern auch menschlich nicht mehr tragbar ist.

[1] [2] Das VeB und das Brazil sind eine Kneipe bzw. ein Cafe, welche ebenfalls von jeweils einem Kollektiv geführt werden.

[3] Zur Erklärung: Das TreibsAnd ist ein Veranstaltungsraum auf dem Gelände der alternative e.V. welches von einem Kollektiv geführt wird.

Unterzeichner_Innen:

Basta! Linke Jugend

ehemalige Café Brazil – Kollektivmitglieder_Innen

Nutzer_Innen der Alternative

Pjotr Krohn

21.09.2010

kontakt@bastalinkejugend.de <http://bastalinkejugend.de>



16. Oktober: Bundesweite Mobilisierung gegen Leipziger Naziaufmärsche

Gegen die drei Naziaufmärsche, die am 16. Oktober durch Leipzig ziehen werden, wird ab sofort bundesweit mobilisiert. „Wir ändern damit unser Konzept und werden dem Widerstand eine noch breitere Basis geben“, sagt Franziska Vorpahl, Sprecherin des Antifa-Bündnisses „Roter Oktober“. Dieses hat sich – wie weitere Initiativen aus Leipzig – zum Ziel gesetzt, alle drei Naziaufmärsche durch vielfältige Aktionen zu verhindern.



„Aber der gute Wille genügt hier nicht. Es müssen so viele Menschen wie möglich die Proteste unterstützen“, sagt Vorpahl. „Ein Problem ist, dass Rathaus und Behörden noch immer nicht registriert haben, was für Leute sich hier hinter dem Versammlungsrecht verschanzen. Das ist blamabel angesichts der zwei Dutzend angemeldeten und unangemeldeten Naziaufmärschen, die es in den vergangenen zehn Jahren in Leipzig gegeben hat.“

Hintergrund: Die Leipziger Volkszeitung (LVZ) hatte am vergangenen Freitag berichtet, dass die Stadt derzeit kein juristisches Vorgehen gegen die drei angemeldeten Naziaufmärsche erwäge. Stattdessen wird Ordnungsamtsleiter Helmut Loris zitiert, er wolle „gemeinsam mit der Polizei einen Weg finden“ und „mit den Demoanmeldern möglichst ‚Akzeptanz erzielen‘.“

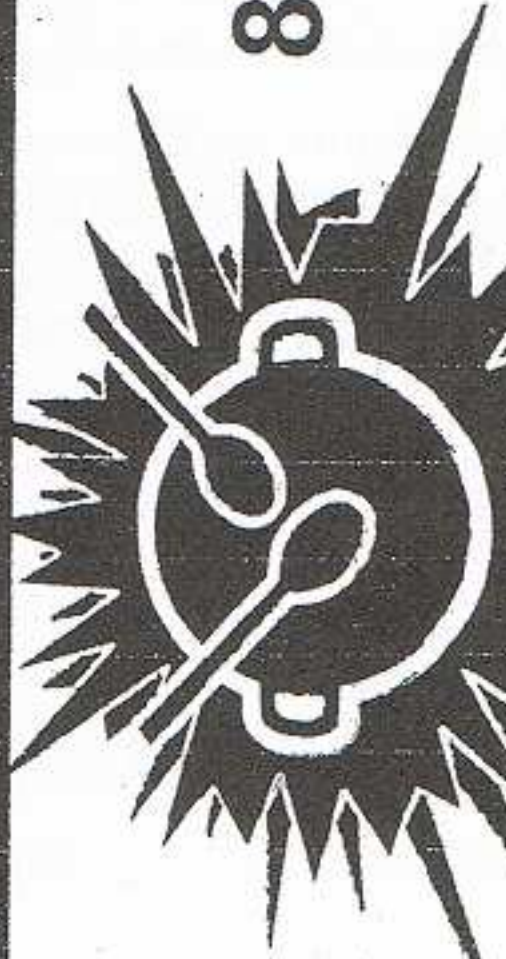
Dieses Vorgehen wird vom Antifa-Bündnis „Roter Oktober“ scharf kritisiert: „Wer auf einen Kompromiss mit Neonazis hinarbeitet, um ihnen ungestörte Aufmärsche zu ermöglichen, ist geschichtsblind und nimmt nicht wahr, dass die rechte Szene äußerst aktiv ist und eine große Gefahr darstellt.“

Ein Beispiel: Erst am 12. September wurden in Jena mehrere Aktivisten der rechten Szene verhaftet, denen vorgeworfen wird, einen Anschlag auf eine Linke-Politikerin vorbereitet zu haben. Die Festgenommenen besuchten am Vorabend in der Nähe von Colditz (Landkreis Leipzig) eine Neonazi-Veranstaltung. Dort referierte Karl-Heinz Hoffmann, der in der Nähe auch eine Immobilie besitzt. Hoffmann hatte in den 70er Jahre eine berüchtigte „Wehrsportgruppe“ aufgebaut, die schließlich 1980 als „terroristische Vereinigung“ verboten worden ist.

An der Veranstaltung haben nach Erkenntnissen des Antifa-Bündnisses „Roter Oktober“ auch Personen teilgenommen, die zum „Freien Netz“ und der NPD-Jugendorganisation „Junge Nationaldemokraten“ (JN) gehören. Aus deren Spektrum stammen auch die Anmeldungen für den 16. Oktober. Zudem sind die in Nazikreisen kursierenden Aufrufe zur Teilnahme gespickt mit menschenverachtenden und antisemitischen Floskeln.

„Da die Stadt solche Klientel offenbar parieren lassen will, behalten wir uns vor, am Tag der Aufmärsche selbst eine antifaschistische Großdemonstration in Leipzig durchzuführen“, erläutert Vorpahl eine weitere Überlegungen des Antifa-Bündnisses. „Das werden wir wohl sehr kurzfristig entscheiden.“

Bundesweite Demonstration am 10.10.2010 in Oldenburg!



KRACH/SCHILTAGEN
STATT KOHLDAMPE SCHREIBEN

**Mindestens
80 Euro mehr für
Lebensmittel
sofort!**

*und 1000 euros
morgen!*

**Treffpunkt: 13 Uhr, Hauptbahnhof, Südseite!
Bringt Kochtöpfe und Kochlöffel mit!**

Wütend über Milliardengeschenke an Banken und Sparpakete für die Ärmsten der Gesellschaft? Ungläubiges Staunen, dass mit der Streichung des Elterngelds für Hartz-IV-Beziehende in erwünschte und unerwünschte Kinder unterschieden wird? Sauer, dass die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer werden? Flaues Gefühl im Magen, weil die Gesundheit immer teurer, die Rente immer kleiner und die Zukunft immer ungewisser wird? Null Verständnis dafür, warum es in einer reichen Gesellschaft immer noch keinen gesetzlichen Mindestlohn und kein ausreichendes Einkommen für alle geben soll? Abgenervt von Westerwelle und Co? Ohnmachtsgefühle, denn was kann man schon tun?

Wir wollen nicht jammern und nicht betteln! Wir wollen Krach schlagen – mit Töpfen und Kochlöffeln, Spaß und Selbstbewusstsein! Wir wollen demonstrieren, dass Erwerbslose sich nicht beschimpfen und verhöhn lassen. Deshalb:

- **Wir wollen ein Einkommen für alle, das auch für eine gesunde Ernährung ausreicht!**
- **Wir wollen Arbeitsplätze mit sinnvoller Arbeit und existenzsicherndem Einkommen!**
- **Wir wollen gesellschaftliche Kontrolle unserer Lebensmittelproduktion!**
- **Wir wollen eine ökologisch nachhaltige und regionale Versorgung mit Lebensmitteln!**

Informations- und Diskussionsveranstaltung am 09.10. zur Neufestsetzung der Regelsätze

1. Teil ab 15:00 Uhr:

Fachvortrag Dr. Rudolf Martens, Experte des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes, zu den Bemessungsgrundlagen der Regelsätze

2. Teil ab 16:30 Uhr:

Podiumsdiskussion mit Abgeordneten der Region aus allen Bundestagsfraktionen und Erwerbslosen

**15:00 Uhr im Lambertus-Saal
Rathausmarkt Oldenburg**

Im Februar hat das Bundesverfassungsgericht die Bundesregierung dazu verdonnert, noch innerhalb dieses Jahres die Regelleistung für Beziehende von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II (Hartz IV) neu festzulegen. Mit der Festsetzung der Regelsatzhöhe wird seit 2005 gegen das Menschenwürdeprinzip des Artikel 1 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland verstoßen. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Gesetzgeber insbesondere auferlegt, für ein transparentes Verfahren der Regelsatzfindung zu sorgen.

Um die Positionen der regionalen Bundestagsabgeordneten dazu kennen zu lernen und sie mit den Forderungen der Erwerbslosen zu konfrontieren, veranstalten wir diese öffentliche Podiumsdiskussion mit Abgeordneten aller Fraktionen und VertreterInnen der organisierten Erwerbslosen.

Die Veranstaltung wird durch einen Fachvortrag von Dr. Rudolf Martens (Leiter Forschung des Paritätischen Gesamtverbands) eröffnet. Im Anschluss daran haben die PodiumsteilnehmerInnen die Möglichkeit, ihre Position darzulegen und mit dem Publikum zu diskutieren.

